

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streisand,
in Breslau b. Emil Rabath.

Nr. 157.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark ab Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Sonntag, 3. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die schriftgehaltene Beiträge oder deren Raum, Kallamen die Beiträge 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Die nationalliberale Fraktion und das Tabaksmopol.

Von offiziöser Seite ist gegen die nationalliberale Fraktion der Vorwurf erhoben worden, daß sie sich den Steuervorlagen gegenüber lediglich negativ verhalten habe. Die Regierung, sagt man, sei zu der Erwartung berechtigt gewesen, daß die Partei zugleich mit der Zurückweisung der vorgeschlagenen Tabaksteuer einen anderen Steuerplan vorlegen, daß sie „eine entschiedene Hinneigung zum Tabaksmopol durch eine unzweideutige Erklärung zu Gunsten desselben“ befunden werde. Statt dessen habe sie „eine völlige Bersplitterung“ gezeigt. Zur Befähigung der letzteren Behauptung wird in der Presse ein Berliner Brief des „Hamburger Korrespondenten“ hergeholt, nach welchem man auf eine solche Erklärung zu Gunsten des Monopols verzichtet habe, weil es unmöglich erschien sei, die ganze Fraktion dazu fortzuführen. Dem gegenüber stellt die „Nat.-Lib. Kor.“ zunächst fest, daß der Verfasser der betreffenden Briefe des hamburgischen Blattes der nationalliberalen Partei nicht angehört, daß also auch seine gewöhnlich entweder auf Indiskretion oder auf Erdichtung beruhenden, fast immer aber schiefen Darstellungen nicht, wie dies teilweise in der Presse geschieht, als authentische Offenbarungen aus dem Schoße der nationalliberalen Partei betrachtet werden können. Im vorliegenden speziellen Falle ist die Angabe vollständig aus der Lust gegriffen, denn Niemand in der nationalliberalen Fraktion hat daran gedacht, dieselbe zu einer Erklärung für das Tabaksmopol fortzuführen zu wollen. Das Organ der nationalliberalen Partei führt hierauf fort:

Was dann die offiziöse Andeutung von der berechtigten Erwartung der Regierung betrifft, so ist dieselbe um so unbegreiflicher, als gerade derjenige nationalliberale Führer, welcher mit dem Reichskanzler persönlich verhandelt hat, dem amerikanischen Systeme vor dem Monopol den Vorzug giebt — eine That, die allen mit den Verhältnissen nicht vertrauten nicht unbekannt war. Damit ist aber keineswegs gefragt, daß die nationalliberale Fraktion das Tabaksmopol im Prinzip abgelehnt habe. Das Votum der Partei über diese Frage, wenn man ein solches im gegenwärtigen Augenblick durchaus provozieren wollte, würde lediglich lauten können: non liquet. Und wenn sie dafür noch einer Rechtfertigung bedürfte, so brauchte sie sich nur auf die zweite Rede des Herrn Camphausen vom 22. Februar zu berufen, in welcher derselbe eingehend die Maßregeln bezeichnete, die zu treffen sein würden, bevor man sich über den Plan der Einführung des Monopols schlüssig machen könne. Als Erstes nannte er ein Gesetz, welches die Regierungen berechtigte, eine statistische Aufnahme der vorhandenen Fabrikationsanstalten vorzunehmen, als Zweites die Entscheidung über die Frage, ob und in welchem Betrage Entschädigungen an die bisherigen Fabrikanten zu gewähren seien. Wir fragen: welcher gewissenhafe Volksvertreter würde sich für das Monopol erklären können, ohne daß er über diese Fragen vollkommen klar zu sehen im Stande wäre? Mügte es nicht eine ganz unqualifizierte Leistungsfähigkeit genannt werden, wollte man sich über eine in das soziale Leben der Nation so tief eingreifende Neuerung nur auf Grund der mehr oder weniger zuverlässigen Urtheile privater „Fachmänner“, oder gar auf Grund der bloßen Argumenta ad hominem des sog. gefundenen Menschenverstandes entscheiden. Nun, an nem ist es denn, jene unerlässlichen Grundlagen eines definitiven Urtheiles zu beschaffen? Herr Camphausen nahm in der neulichen Debatte Anfangs die Miene an, als befände die Regierung an sich keine Reigung für das Monopol, wäre aber bereit, falls der Reichstag sich für dasselbe erklärte, die erforderlichen Voraussetzungen zur endgültigen Entscheidung der Frage vorzunehmen. Der Reichstag seinerseits zeigte keine Lust, der Regierung das Tabaksmopol vorzufügen zu olitivieren. Statt dessen wurde dasselbe im weiteren Verlaufe nicht allein vom Fürsten Bismarck, sondern auch von Herrn Camphausen als das erstrebte Ziel bezeichnet. War dem aber so, wie hätte dann die Regierung nach der von dem Finanzminister selbst vorgezeichneten Linie operieren müssen? Unseres Erachtens wäre ihre Pflicht gewesen, von vornherein offen zu erklären: Wir haben das Tabaksmopol in's Auge gefaßt und ersuchen deshalb um die Zustimmung des Reichstags zu einem Gesetz, auf Grund dessen die zur Ausarbeitung eines entsprechenden Vorschlags unerlässlichen statistischen Erhebungen anstellen können. Stattdessen hat die Regierung diese recht eigentlich ihr, und ihr allein zufolgende Aufgabe dem Reichstage zuzuschreiben versucht, und nachdem dieser mit vollem Recht nicht darauf eingegangen, kommen die Offiziösen und beschuldigen die nationalliberale Fraktion der Unterlassungslösse, der Bersplitterung, der Impoten! Es ist schwer, für dieses Spiel die parlamentarische Bezeichnung zu finden.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ hatte bekanntlich in Bezug auf die abgebrochenen Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen gesagt:

Dass Fürst Bismarck ein unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht nicht angestellt würde noch zugestehen könnte, darüber dürften die Führer der liberalen Parteien doch schwerlich im Zweifel gewesen sein. Wäre diese Forderung als die unerlässliche Voraussetzung der Verständigung von Anfang an bezeichnet worden, so hätten alle Illusionen der letzten Wochen gar nicht aufkommen können.

Hierauf antwortet jetzt der wie es heißt von Hrn. v. Bennigsen inspirierte „Hannoversche Kurier“:

Wenn man unter einem „unbeschränkten Steuerbewilligungsrecht“ versteht, daß sämtliche Steuern alljährlich neu bewilligt werden, so ist ein solches allerdings nicht bei den vertraulichen Verhandlungen, aber auch nicht in den jüngsten parlamentarischen Debatten gefordert worden. Die „konstitutionelle Garantie“ einer Änderung des Art. 109 der preußischen Verfassung dagegen zu dem Zwecke einer Quotisierung der Klassen- und Einkommenssteuer oder einer ähnlichen Maßregel ist vom ersten Augenblick der vertraulichen Verhandlungen an als unerlässliche Voraussetzung jeder Einnahme-Bemehrung gefordert worden; übrigens hat selbst die freikonservative Presse diese Forderung und die ihr zu Grunde liegende Auffassung gebilligt, daß die Volksvertretung nicht neue große Einnahmen schaffen könne, ohne die Verfügung über dieselben in der Hand zu behalten. Wir freuen uns der Ankündigung der „Prov.-Korresp.“, daß die Stellvertretungsvorlage zu weiteren Auseinandersetzungen über diese Dinge führen werde, weil wohl nicht zu bezweifeln ist, daß die Loyalität des Reichs-

Kanzlers ihn veranlassen wird, für die Entstehungen der offiziösen Presse die Verantwortlichkeit abzulehnen.

Einer der Hauptpunkte des Gesetzentwurfs wegen Änderung der Gewerbeordnung betrifft die Einführung von Arbeitsbüchern. Dieselben werden nur für Arbeiter unter 18 Jahren obligatorisch gemacht. Der Entwurf ist bei dieser Bestimmung von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Zu Gunsten der gesetzlichen Einführung des Arbeitsbuchzwanges sind seit Jahren zahlreiche Petitionen aus der Masse der gewerblichen Bevölkerung und aus den verschiedensten Theilen des Reichs bei dem Bundesrat und Reichstag eingelaufen. Die große Verbreitung der betreffenden Wünsche ist noch mehr hervorgetreten in den Erhebungen über die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter. Sowohl im Kleingewerbe, wie in der Großindustrie wird bald auf die Einführung von Entlassungsscheinen, bald auf die von Arbeitsbüchern Werth gelegt. Die Mehrzahl der Stimmen hat sich dabei jedenfalls für die Arbeitsbücher ausgesprochen. Auch der Entwurf hat ihnen den Vorzug gegeben. Gleichwohl aber ist derselbe auf eine allgemeine Verpflichtung des gewerblichen Arbeitersstandes zur Führung von Arbeitsbüchern nicht eingegangen. Schon die äußerliche Durchführung einer solchen Bestimmung würde außerordentlich große Schwierigkeiten bieten. Noch mehr fällt gegen dieselbe in das Gewicht, daß sie, wie die gedachten Erhebungen ergeben, keineswegs alle Kreise der Arbeitgeber für sich, andererseits aber die große Mehrheit der Arbeiter gegen sich hat. Bei den Arbeitgebern würde sie vielfach auf Gleichgültigkeit, bei den Arbeitern auf Abneigung und Widerstand stoßen. Gegen solche Hindernisse vermögt die Gesetzgebung wenig. Massenbestrafungen aller Arbeiter, welche dem Gesetz zuwider das Arbeitsbuch nicht führen, würden nur agitatorischen Umtrieben nützlich werden, ein Einschreiten gegen die Arbeitgeber, wodurch diese gewungen würden, die das Gesetz nicht beachtenden Arbeiter zu entlassen, würde der Industrie selbst schädlich und namentlich in deren gegenwärtiger Lage ohne große Härten nicht durchführbar sein. Selbst wer geneigt ist, eine allgemeine Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern an sich als erwünscht zu betrachten, wird doch anerkennen müssen, daß die Durchführbarkeit einer solchen, tief in die sozialen Verhältnisse eingreifenden Maßregel nicht auf dem Gesetz allein, sondern ebenso sehr auf dem Verständnis der beteiligten Kreise beruht. Wo dieses Verständnis wenig verbreitet ist, erwächt der Gesetzgebung zunächst die Aufgabe, durch ein, die vorgefaßten Meinungen und die Interessen der beteiligten Kreise schönendes Vorgehen, die richtigere Würdigung der Einrichtung und die allmäßliche Gewöhnung der Bevölkerung an dieselbe anzubahn. — Den in weiten Kreisen verbreiteten Wünschen nach einer allgemeinen Verpflichtung zur Führung des Arbeitsbuches sucht der Entwurf so weit entgegenzukommen, als es möglich ist, ohne den Bevölkerung in der Ausführung des Gesetzes eine unlösbare Aufgabe zu stellen und ohne gegen den von entgegengesetzten Anschauungen bestreitenden Theil des Arbeitersstandes einen Zwang auszuüben. Wie sehr man auch den Anschauungen der legtgemeindeten Kreise Rechnung tragen mag, so wird doch so viel nicht geleugnet werden können, daß die Arbeitsbücher dem tüchtigen Arbeiter wie dem Arbeitgeber von Nutzen sein können, wenn davon in redlicher Weise Gebrauch gemacht wird. Die Gesetzgebung hat daher wohl Anlaß, den Gebrauch der Arbeitsbücher zu begünstigen, nur übernimmt sie gleichzeitig die Verpflichtung, jeder mißbräuchlichen Ausbeutung der Einrichtung auf das Strengste entgegenzutreten. Von diesem Standpunkte aus will der Entwurf dem Arbeitgeber erleichtern, dort, wo er es seinem Interesse entspricht, findet, von dem Arbeiter den persönlichen Ausweis durch ein Arbeitsbuch zu verlangen. Den Arbeiter will er hingegen zur Beschaffung eines Arbeitsbuches anregen, in der Weise, daß er nur verfüge des Besitzes eines solchen von dem Arbeitgeber ein Zeugnis über seine Fähigkeit und Tüchtigkeit verlangen kann. In solcher Gestalt erhalten die Arbeitsbücher auch in soweit, als ihnen ein gesetzlicher Zwang nicht zur Seite steht, eine durch das Gesetz verbürgte Bedeutung. Mit Hilfe dieser werden sie ohne eine schärfere Intervention der Gesetzgebung in weiteren Kreisen sich einzubürgern vermögen, sofern die Einrichtung in der That dem Bedürfnisse des gewerblichen Verkehrs entspricht. Wenn dabei, wie der Entwurf dies vorsieht, der Arbeiter die volle Freiheit der Verfügung über das Arbeitsbuch behält, derart, daß er in dieser Freiheit nur vertragsmäßig, also mit eigener Zustimmung, beschränkt werden kann, so ist auch der Schein eines Zwanges gegen die den Arbeitsbüchern nicht geneigten Arbeiterkreise ausgeschlossen.

Anfang dieser Woche meldete die „Agence Havas“, daß am vorigen Sonntag der Präliminarvertrag zwischen Russland und der Türkei in San Stefano — also vor den Thoren der türkischen Hauptstadt — unterzeichnet werden sollte. Außerdem wußte die pariser Telegraphen-Agentur auch schon zu erzählen, daß der Großfürst Nikolaus dem Sultan in seiner Residenz einen Besuch abstatten werde und der endgültige Vertrag den Namen „Friede von Konstantinopel“ heißen würde. Nun ist allerdings der Großfürst Nikolaus am 24. Februar in San Stefano eingetroffen, aber bis jetzt haben wir vergebens auf eine verbürgte Meldung von einem Vertragsabschluß gewartet. Dagegen endet heute (am 2. März) der Vertrag über den Waffenstillstand, und wenn bis heut Abend keine Verlängerung vereinbart oder der Friedensschluß nicht zu Stande gekommen ist, so können morgen die Friedensverhandlungen wieder in Waffenstreich übergehen. Indessen erklärte der englische Minister des Auswärtigen in der gestrigen Sitzung des Oberhauses (vergl. unser letztes Abendblatt), er habe Grund zu glauben, daß der Friede am 2. d. M. unterzeichnet werden wird. Die Gründe der Verzögerung sind noch weniger bekannt wie der wirkliche und volle Inhalt der Friedensbedingungen. Doch hat es fast den Anschein, als habe die Verzögerung Russland zu einigen Budgetänderungen bewogen. Wenigstens erwähnte Lord Derby gerüchteweise, daß Russland auf die Abtretung der türkischen Flotte verzichte. Außerdem wird wiederholt versichert, daß Russland die Europa berührenden Bestimmungen des Vertrags des Großmächten vorlegen werde, um deren Zustimmung zu erhalten.

Deutschland.

Δ Berlin, 1. März. Der Gesetzentwurf über die Kreisverfassung in Lauenburg ist bekanntlich im Abgeordnetenhaus

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. T. Danke & Co.,
Hausenfeld & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

unmittelbar vor der Vertagung des Landtages zum Abschluß gelangt, im Herrenhause aber noch nicht zur Verathung gekommen. Es tritt daher mit dem heutigen Tage, bis zu welchem die frühere Verfassung spätestens gesetzliche Geltung hatte, ein gesetzliches Vakuum ein, dem hoffentlich das Herrenhause durch eine bald anzuberuhende Sitzung ein Ende machen wird. — Der Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden wird zum 26. März berufen werden. — Die Nachricht, daß der Landdrost Küster zu Stade als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen werden soll, muss auf einem Irrthum beruhen. Derselbe war früher vortragender Rath in dem Ministerium. Neuerdings ist eine kommissarische Berufung derselben nicht in Aussicht genommen worden. — Die mit dem so viel versprechenden Titel: „Berlin ein Stapelplatz des Weltmarkts durch den Nord-Ostsee-Kanal“ von Dr. Strousberg verfaßte Schrift dürfte wohl nur bestimmt sein, einem neuen großartigen Aktiunternehmen die Wege zu bahnen und für dasselbe die öffentliche Meinung zu gewinnen, mit deren Hilfe auch die Erlangung der Konzession zu betreiben wäre. Dem nächstern prüfenden Sachverständigen gegenüber charakterisiert sich jedoch das Projekt leicht als im Wesentlichen der soliden Grundlagen entbehrend. Der Plan besteht durch großartige Spekulation und Eröffnung glänzender Zukunftsbilder, die Aktionäre aber, welche sich durch diese verloren lassen wollten, würden zu ihrem Schaden erfahren, daß Zuverlässigkeit und Sicherheit des Kalkuls nicht gerade die Strousberg'schen Projekte zu empfehlen pflegt. Auch nicht wesentlich neu ist der Hauptplan; der Nord-Ostsee-Kanal des Dr. Strousberg, welcher Berlin zum Stapelplatz des Weltmarkts machen soll, ist nur eine Erweiterung und Ver Vollkommenung längst geplanter und theilweise bestehender Wasserstraßen zur Verbindung der Oder, Spree und Elbe, in der Denkschrift über die in Preußen vorhandenen Wasserstraßen allerdings mit mehr nüchterner Kritik behandelt, als in der Strousberg'schen Schrift, welche außer der Konzession keine Hindernisse kennt und alle Schwierigkeiten spielerisch überwindet. — Der Evangelische Oberkirchenrat spricht sich über die Bestätigung eines Pfarrers, der von einer Gemeinde vor Beendigung eines gegen ihn eingelegten Disziplinarverfahrens gewählt worden, folgendermaßen aus: Es wäre einem Pfarrer, weil eine Untersuchung gegen ihn eingelegt sei, die Bestätigung nicht versagt werden. Die Untersuchung als solche bilde weder rechtlich noch tatsächlich ein Hindernis der Wahlbarkeit oder der Bestätigung. Die Untersuchung könne nur in dem Falle erheblich wirken, wenn dadurch zugleich der Verdacht eines vorhandenen das Pfarrrecht ausschließenden sitlichen Defekts begründet wäre. Falls ein solcher Defekt nach Beendigung der Untersuchung sich nicht herausstelle, so habe jeder Grund der versagten Bestätigung. Demnach müsse bis nach Erledigung der anhängigen Untersuchung die Bestätigung erfolgen. Ein entgegengesetztes Verfahren würde nicht nur zu starken Härten gegen den betreffenden Geistlichen führen, sondern auch dem Gemeindewahlrecht zur Gefahr gereichen.

— Der Kronprinz-Erzherzog Rudolf von Österreich trifft, wie schon erwähnt, am Sonntag früh hier ein. Derselbe kommt, wie dem Vernehmen der „Kreuz-Ztg.“ nach ein Schreiben seines Kaiserlichen Vaters an den deutschen Kaiser besagt, nach Berlin, um an dem hiesigen, dem wiener befreundeten Hofe als volljähriger Prinz sich vorzustellen und für die im vorigen Jahre ihm zu Theil gewordene Verleihung des 11. K. preußischen Ulanen-Regiments seinen Dank auszusprechen. Zu Ehren des Guestes finden am Sonntag, Montag und Dienstag verschiedene Festlichkeiten statt.

— Die im Oktober v. J. abgebrochenen Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über die Erneuerung des Handelsvertrages werden, wie die „Nat-Ztg.“ erfährt, zu Anfang April d. J. wieder in Gang kommen. Jedenfalls sei das Eintreffen der österreichischen Unterhändler in Berlin für diesen Zeitpunkt in Aussicht genommen.

— In den Bundesrats-Ausschüssen für Justizwesen und für die Verfassung legte, wie man der „M. Ztg.“ mitteilt, Fürst Bismarck am 24. v. M. seine Stellung zur Stellvertretungs-Angelegenheit und die Gründe dar, aus welchen er, obwohl er der Fassung der ursprünglichen Vorlage vor derjenigen der Ausschüsse den Vorzug geben würde, im Namen der preußischen Regierung dem Antrage der Ausschüsse zustimmen werde. Er gab dabei der Überzeugung Ausdruck daß die Zulässigkeit einer Gesamtvertretung des Reichskanzlers sich aus der Verfassung ergebe. — Die „Kreuz-Ztg.“ gibt heute dem Stellvertretungs-Entwurf den konservativen Konsens. Sie sagt am Schluss eines Leitartikels:

So durfte im Großen und Ganzen die Vorlage einer günstigen Beurtheilung von konservativer Seite unterliegen, was ja nicht ausschließt, daß in Einzelnen Abänderungen zulässig oder wünsclich sein mögen, immer aber in der Richtung, daß die auch in der Vorlage zum Ausdruck gebrachte Autorität des Kaisers nicht geschwächt, sondern gestärkt werde.

— Die Rechtsanwälte des hiesigen Stadtkirchtrichters haben sich mit Abänderungsvorschlägen zur Rechtsanwalts-Ordnung an die Reichstagskommission gewendet. Dieselben betreffen vorzugsweise das Prinzip der Lokalisation, die Beschäftigung der Referendarien und Assessoren bei Anwälten, die Disziplinarbestimmungen und das Reichsgericht. In ersterer Beziehung wird im Interesse des Publikums und der Würde des Anwaltsstandes der Statuirung verschiedener Klassen von Anwälten entgegentreten, und die Aufstellung nur einer Kategorie von Anwälten, nämlich der bei einem Kollegialgericht zugelassenen erstrebt, welchen es überlassen bleiben mösse, ihren tatsächlichen Wirkungskreis auf einen kleineren Bezirk wie den eines Amtsgerichts einzuschränken, ein Vorschlag, der

Neuerdings von der Reichstags-Kommission im Wesentlichen angenommen ist. Die zu enge Lokalisation entspreche so wenig dem Interesse der Rechtschenden namentlich in den alten preußischen Provinzen, und wird abgesehen von den Stimmen der hannoverschen Juristen so übereinstimmend verurtheilt, daß zu hoffen sei, der preußische Justizminister werde endlich in dieser Frage von dem bisher von ihm festgehaltenen Standpunkt abgeben. Beugt sich der Möglichkeit der Vertretung der Anwälte namentlich bei den Amtsgerichten durch jüngere Juristen wird auf das Bedürfnis des Publikums vorzugsweise in großen Städten hingewiesen. Was das Reichsgericht betrifft, so wird die Vorlage, wonach hier die Anwaltschaft beschränkt sein und die Zulassung der Anwälte durch den Reichskanzler stattfinden soll, vertheidigt, und nur das Reichsgericht dem Reichskanzler substituiert. Die Ansicht, daß die Anwaltschaft beim Reichsgericht eine beschränkte, in enger Verbindung mit dem höchsten Gerichtshof stehende sein müsse, werde in sachverständigen Kreisen fast übereinstimmend und auch von solchen vertheidigt, die im Uebrigen der freien Advozatur das Wort reden.

Der frühere Sozialdemokrat und jetzige Anhänger der christlich-sozialen Partei Külster hatte bekanntlich Herrn Most aufgefördert, am Freitag öffentlich mit ihm zu disputationen. Herr Most erklärt heute in der "Berl. Chr. Presse", daß er darauf nicht eingehen wolle, er mit jeder "politischen Null" disputationen, so könne er "täglich ein halbes Dutzend dieser Spezies abthun". Solchen "unwürdigen Neugateten" gegenüber sei nur Eins am Platze: Übergang zur Tagesordnung. "Wie lieb ich den Spanier! Man sieht daraus, daß auch unter den Stolzen Volkern die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz Sozialer, erkennt wird.

Im yr. standen und zwar 1000 Stellen für Kadetten mit einem ermäßigten Ersatzbeiträge von jährlich 90 bis 280 und 300 und 1068 Stellen für Penitentia, von welchen 100 eine ermäßigte Pension von 450 Mark als Ausländer jährlich zu zahlen haben. Von 1080 Mark als Ausländer jährlich zu zahlen haben. Da traurigen Verhältnisse, welche in sehr zahlreichen Fällen beim Tod von Offizieren und Beamten hervortreten, die vollständige Verarmung der Hinterlassenen, haben nun, wie die Motive zu dem gegenwärtigen Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf, betr. die Erbschaften an den Verpflegungs-Geldern für die Okkupationsstruppen, behaupten, daß unmittelbarer Folge, daß der Arme ein Theil desjenigen Erbisses an Offizieren verlore geht, auf welchen sie bisher am sichersten rechnen könnte und auf den sie auch für die Folge um so weniger zu verzichten vermögen, als die Befreiung der Ligenung des Offizierskorps schwieriger werden beginnen. Da nun nach Feststellung der Zentral-Kadetten-Institution in Lichtenfelde, die bekanntlich in diesem Sommer beobachtet werden wird, daß Möglichkeit gegeben sein werde, eine größere Zahl von jungen Leuten in das Kadettencorps einzutreiben, so erscheine es dringend wünschenswerth eine möglichst große Zahl der noch vorhandenen Pensionen zu 780 M. in völlige Freistellen umzuwandeln. Zu diesem Zwecke nimmt der Gesetzentwurf (in Artikel II. § 1d) eine Summe von 2,559,000 M. als Kapitalfonds für Errichtung von Freistellen in Anspruch. Nach einem Zinsfuß von 4½% p. c. würden die Einnahmen aus dem Fonds genau zu 153 Stellen ausreichen.

Dortmund, 28. Februar. Unsere Stadt hat ein eigenes Missgeschick mit ihren ersten Verwaltungsbeamten. Nachdem vor wenigen Jahren erst Herr Dr. Becker nach seiner Amtsbestätigung urteilt, die Stadt verließ, um nach Köln überzufinden, wurde sein Nachfolger und Namensvetter W. Becker (der schwarze Becker, wie ihn der Kollegium im Gegenzug zu seinem Vorgänger nannte) nach kaum einem Monat wieder zurück nach Düsseldorf entführt. Man freute sich, in dem verdienten Bürgermeister von Bochum, jetzigen Ober-Bürgermeister Becker, eine tüchtige Kraft gefunden zu haben und sprach allgemein den Wunsch aus, Herr Becker möge in dieser Hinsicht seinen Vorgängern nicht ähnlich werden; 1½ Jahr hat er in sehr Dienstlicher Weise die Geschäfte der Stadt verwaltet, da erzielte ihn nach einer kurzen Krankenlager diesen Morgen der Tod. Der Verstorbenen hat sich während seiner kurzen Wirksamkeit entschieden Verdienste um die Stadt erworben, und allgemein ist das Bedauern über den Vorfall. Dortmund kommt auf diese Weise in die Lage, innerhalb weniger Jahre zum zweiten Male einen Bürgermeister wählen zu müssen. (Wolfsz.)

Oldenburg, 28. Februar. Heute ist das erbgrößherzogliche Paar unter Glöckengeläute und Kanonendonner in die Residenzstadt eingezogen. Oberbürgermeister von Schreind bewilligte die neuvermählten Namens der Stadt Oldenburg. Der Erbgrößherzog und seine Gemahlin sprachen in herzlichen Worten ihren Dank aus, bestiegen dann nebst Gefolge die bereit stehenden Galawagen und fuhren im Schritt durch die reich geschmückten Straßen. Auf beiden Seiten der Straße war Spalier von Vereinen, Schulen und Corporationen gebildet, an den beiden errichteten Ehrenporten wurden von jungen Mädchen Ansprachen gehalten. Heute Abend wird von der Stadt ein Fackelzug gebracht.

Straßburg, 26. Februar. Der Bezirkspräsident von Lothringen hat den landwirtschaftlichen Verein des Kreises Didenhofen aufgelöst. Man hatte diesem Verein schon im August 1877 die staatliche Subvention "wegen ungünstiger Leistungen" entzogen, worauf der Vorsitzende des Vereins, Dr. Schneider, seine Entlassung nahm. Von den Vereinsmitgliedern wieder zum Präses gewählt, lehnte er die Wahl ab mit einer Motivierung im "Journal de l'agriculture", in welcher er auf Frankreich hinweist, "als auf die Seite, bei der seine Neigungen seien." Diese Motivierung wird von Seiten der Regierung ausgeführt, mußte den Vereinsmitgliedern, welche in der Wiederwahl des Dr. Schneider zum Vorsitzenden nur die Absicht haben konnten, "einer demonstrativen Opposition gegen die deutsche Verwaltung Ausdruck zu geben", bekannt sein. Derartige oppositionelle Kundgebungen seitens der Vereine können aber nicht geduldet werden, müssen vielmehr deren Auflösung nach sich ziehen."

Italien.

In italienischen Blättern wird schon seit einigen Tagen die Nachricht besprochen, daß das Ministerium Previati auf dem besten Wege sei, sich mit den äußersten Linken unter Cairoli und den Dissidenten von der Rechten zu verstündigen und sich dadurch die bereits abhanden gekommene Mehrheit im Parlamente wieder zu verschaffen. Der Preis, den das Kabinett dafür zahlt, kann, nach dem Dafürhalten der "N. fr. Pr.", kein anderer sein, als die Eisenbahnverträge, und es heißt in der That, Herr Depretis sei, obwohl er sie bis jetzt auf das bestigte vertheidigte, entschlossen, sie fallen zu lassen. Es wäre von Interesse, die Beweggründe dieser plötzlichen Frontveränderung kennen zu lernen.

Nom, 28. Februar. Der Skandal, welchen das italienische Blatt "Piccolo" aufgedeckt hat, indem es den Ministern des Innern Herrn Crispi der Bigamie beschuldigte, beschäftigt jetzt alle Welt. Dem "B. C. B." wird hierzu gemeldet:

Man sieht in Italien einem neuen Minister-Skandalprozeß entgegen. Nach Nicotera - Crispi. Dieses Mal handelt es sich nicht um Polstil, sondern um Bigamie. Am 26. Januar d. J. heirathete der Minister des Innern Crispi die Gräfin Lina Barbegalio vor dem Standesbeamten in Neapel. Es ist weltbekannt, daß Crispi aber schon seit langen Jahren verheirathet war; daß er von seiner Frau, welche die Jahre des Exils, so wie die Strapazen der

Feldzüge der Tausend unter Garibaldi nach Marsala mitmachte, ihm in Palermo das Leben rettete, seit einiger Zeit getrennt lebt und daß Frau Crispi in Rom in Via della Croce, über der sogenannten Goldspur wohnt. Man versichert, daß Crispi seiner Zeit die Ehe in Malta schloß und daß dabei als Zeugen der General Nicola Fabrizi und der Oberst Tommaso, beide Deputierte, fungierten. Crispi führt seine Frau sowohl in Turin, als in Florenz im Palazzo Pitti auf die Hofbühne, zu denen er als Deputierter geladen wurde, nach über 18 Jahren zusammenleben soll. Crispi ist die Unzertrennlichkeit seiner ersten Ehe entdeckt und Mancini, der Justizminister, ist versichert haben, daß dieselbe nach italienischem Gesetz wirklich unauffällig sei. So erfolgte denn die Hochzeit mit der Witwe Barbegalio. Am 23. Februar sah man ihn mit der zweiten Frau in einer Loge im dritten Rang im Theater Apollo bei der letzten Pitti-Vorstellung. Das keine Scheidung von der ersten Frau erfolgte und daß die Ehe mit der zweiten tatsächlich vor sich ging, sagt ein offenbar offiziöses Dementi in der "Nazione" vom 5. Februar, worin ein römisches Telegramm der "Gazetta d'Italia" vom 30. Jan. mit der Erklärung zurückgewiesen wird, daß Crispi nie eine andere Ehe, als die legte einging. Die erste Frau scheint sich aber dabei nicht beruhigen zu wollen. Es heißt nachdrücklich, daß sie gerichtlich gegen den Minister klagbar geworden sei. Man ist sehr gespannt auf den Ausgang dieses wenig erbaulichen Prozesses. Fällt die Civil-Entscheidung zu Gunsten der Klägerin aus, so ist ein strafrechtlicher Prozeß gegen den Minister unvermeidlich. So lauten die in Rom in politischen Kreisen umlaufenden Gerüchte.

Bis zur Stunde schweigt Minister Crispi auf die gegen ihn geschleuderter Anklagen. Die "Gazetta di Napoli" meldet, daß sie auf dem Standesamt Einfühlung genommen hat von dem neuesten Ehebolument, welches die Heirath zwischen Crispi und Barbegalio feststellt; in diesem Dokument ist auch die Legitimierung einer im September 1873 unehelich geborenen Tochter der Gräfin Barbegalio seitens Crispis ausgesprochen. Gleichzeitig konstatiert die "Gazetta di Napoli", daß der Standesbeamte ihr die Einfühlung verweigert habe, ob ein Ledigkeits-Dokument vorhanden war, als Crispi die zweite Verbindung einging. Rosalie Crispi wurde früher auch der Kronprinzessin Margaretha, der jetzigen Königin, als rechtmäßige Ehefrau vom Minister vorgestellt. Hier hat die Angelegenheit die größte Aufregung her vorgerufen.

Die parlamentarischen Kreise sind entrüstet über den Vorfall und die Affäre findet höchst ungünstige Kommentare. Fast ebenso großes Aufsehen aber macht es, daß Minister Crispi zur Stunde im Staatsrathe die Interpellation eingebracht hat, ob nicht die Abänderung des päpstlichen Garantiegesetzes zulässig sei.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. Ein neuer klerikaler Skandal ist im Anzuge. Im vorigen Sommer hatte eine Schulschwester im Departement der Yonne ein kleines Mädchen zur Strafe auf den heißen Ofen gesetzt und leicht verbrannte. Der Feuilletonist des XIX. Siecle, J. Sarcey, nahm sich des Falles an und schlug Lärm; dafür wurde er wegen Verleumdung verurtheilt, obgleich Zeugen vorhanden waren, welche die Brandwunden des Kindes gesehen hatten; der Gerichtshof nahm an, der Ofen sei nicht heiß und das Ganze keine Grausamkeit gewesen. Jetzt schreibt Sarcey im XIX. Siecle einen offenen Brief an den Kultusminister, worin er sagt: "Man meldet mir aus X im Departement Y (Namen und Unterschrift sind auf der Redaktion zur Verfügung des Ministers), dort sei vor einigen Tagen ganz derselbe Fall vorgekommen. Eine fromme Schwester hat ein fünfjähriges Mädchen eine Viertelstunde lang (?) auf den heißen Ofen gesetzt. Das Kind ist schrecklich zugerichtet und krank. Mein Berichterstatter hat das Kind selbst gesehen, Zeugnisse eingeholt und dann an das liberale Blatt des Departements geschrieben. Dies aber hat die Veröffentlichung des Falles verweigert, weil es sicher sei, verurtheilt zu werden. Er hat jetzt an mich geschrieben. Ich kann nach dem, was mir früher geschehen, nur glauben, daß ich mich einer zweiten Verurtheilung aussetzen würde, wenn ich Namen und Daten angebe. Sie aber, Herr Minister, sind in der Lage, eine Untersuchung über den Fall anzustellen, und ich bitte darum." Ein Bericht wird dann wohl eingefordert werden müssen, und dann mag man sich auf ein schönes Konzert klerikaler Ausbrüche gegen den republikanischen Terrorismus", der die armen Schwestern verfolgt, gefasst machen, umso mehr, da die hiesigen Ultramontanen grundlos das Recht des Staates in Frage stellen, Untersuchungen über das, was in geistlichen Erziehungshäusern geschieht, anstellen zu lassen. Augustin, der Bischof von Aix, hat jetzt schon dem Kultusminister einen entrüsteten Brief gegen die von der Kammer angenommene Bestimmung über Stipendien geschildert, eine Bestimmung, "welche sein Gewissen als Bischof, als Bürger oder auch bloss als redlicher Mensch" aufs Kräfte verdammt. Der Herr Bischof ist empört darüber, daß man den staatlich nicht anerkannten Orden die staatlichen Stipendien versagt, so sehr, daß er den Minister bittet, seinem Seminar keine von den Stipendien zuwählen, welche dadurch frei werden —; das Verfahren ist denn freilich der klerikalen Praxis so wenig entsprechend, daß die Kollegen des Herrn Bischofs ihm wohl Lob, aber nicht Nachahmung zollen werden.

Paris, 28. Februar. In Folge des Votums über das Kolportagegesetz hat unter den Konstituionellen des Senats eine sehr heftige Szene gegenseitiger Vorwürfe stattgefunden, worauf sieben hervorragende Mitglieder, darunter der Herzog von Audiffred-Pasquier und Herr Bocher, aus jener Parteigruppe ausgetreten sind. Die Senatskommission hat, trotz eindringlicher Aufführungen Dufaure's, das Gesetz über den Belagerungszustand in reaktionärem Sinne amendiert.

Die legitimistische "Assemblée Nationale" veröffentlicht einen: "Die Schwäche Preußens" betitelter Artikel, aus dem wir hier einige kleine Besonderheiten kommentarisches bedürfende Stellen folgen lassen:

Der Fürst Bismarck ist nicht der erste Gründer des preußischen Reiches. Er hat nur mit bewundernswertem Strategie die Pläne ausgeführt, die der große Friedrich hinterlassen hatte. Diese gewaltigen Herrschaftspläne können ins Stocken gebracht oder vielleicht ganz vereitelt werden, wenn England, Österreich und Frankreich sich von ihrer vereinten Macht und den Sympathien und Befürchtungen der Staaten zweiten Ranges überzeugen wollten. Diese Staaten können nur durch die Tripartialianz der eben genannten großen, verstärkt durch alle bedrohten Neutralen gerettet werden. Wir haben es schon oft gesagt: an dem Tage, da die ersten Grundsteine des allgemeinen Kongresses gelegt sein werden, wird es ein Leichtes sein, eine Liga zu bilden, die es Preußen unmöglich macht, als Schiedsrichter aufzutreten. Die relative Schwäche eines jeden Staates besteht nur in seiner Einzelstellung und wir brauchen hier nicht darzuthun, in welchem Verhältnis die Kraft der Verbündeten zunehmen würde. Der deutsche Kaiser müßte sich über das Gelingen seiner Pläne große Sorgen machen, wenn die von ihm bedrohten Mächte eine Koalition des Friedens gegen ihn eingingen. Sie brauchten nur zu wollen, um Deutschland von dem Joch Preußens zu befreien und es größer wieder herzustellen, als es je gewesen. Der Fürst Bismarck hat sich einen Feind gemacht, den herausfordernd und erdrücken zu wollen nicht immer klug ist. Der deutsche Kaiser muß wissen, daß alle Katholiken Deutschlands von dem Joch Preußens befreit zu sein wünschen und

sich nach den alten Freiheiten zurücklehnen. Man übertritt in Europa und namentlich in Frankreich die Streitkräfte Preußens. Was müßte aus Preußen werden, wenn Österreich, Frankreich, England und Italien es vereint angriffen. Ach, wenn Frankreich nur wollte! Wenn Frankreich eine Regierung hätte!"

Der "Figaro" schreibt: "Man versichert, daß Ernst Renau sich um den Sitze Claude Bernards in der französischen Akademie zu bewerben gedenkt. Der Verfasser des "Lebens Jesu", der ehemalige Böbling des Seminars von Saint-Sulpice ist bereits Mitglied des Instituts. Wenn Mgr. Dupanloup, welcher seit der Aufnahme des Herrn Littré mit der Akademie schmilzt, den Dingen ihren Lauf läßt, so wird Herr Renau wahrscheinlich die Netheren der Unsterblichen verstärken. Alles deutet darauf hin, daß bei dieser Wahl alle erdenklichen Ränke und Umtriebe aufgeboten werden sollen."

Großbritannien und Irland.

England ist bisher stets in seiner Haltung in der Orientfrage eben so laut gewesen, als Österreich leise. Leise scheint das englische Kabinett nur in Bezug auf die im Oberbaute angeregte Nachfrage nach dem Aufenthaltsort der türkischen Flotte sein zu wollen. Lord Derby bemühte sich dem Interpellanten klar zu machen, daß diese wertvolle Flotte vor Russland müßte verdeckt gehalten werden und er daher nichts über ihren gegenwärtigen Unterlauf verrathen dürfe. Es klingt recht merkwürdig, so von einer Flotte sprechen zu hören, von der man früher erwartet, daß ihre Thaten jederzeit nur all zu deutlich ihren Aufenthalt hundun würden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Noch ist der Friede nicht unterzeichnet — noch ist Alles in der Schwebe. Ein wahres Chaos von Friedenshoffnungen und Kriegsdrohungen. Ein gegenseitiges Marken und Feilschen mit den Friedensforderungen Russlands — ein Heraabdrückenwollen der Ansprüche Russlands durch Säbelrasseln und große Worte — ohne den ersten Willen, dem Wort die That folgen zu lassen, das ist die heutige Situation. In Österreich werden Stimmen lauter und lauter, welche eingedenkt des Bismarckschen beati possidentes für die Besetzung und Einverleibung Bosniens und der Herzegowina plädieren. Andrássy soll sich nach der "Königl. Bzg." den Anschauungen derjenigen Kreise zu nähern beginnen, welche jetzt unter allen Umständen den Krieg vermeiden wollen.

In Russland — so läuft sich das Blatt aus Wien melden — herrschen zwei Strömungen. Der Zar und Gortschakoff wollen auf der Konferenz Österreich Zugeständnisse machen, welche nicht ganz beiderunglos sind, namentlich sich auf die Stärke der Truppen, welche in der Bulgarie zurückbleiben sollen, ferner auf die Vergroßerung Serbiens und Montenegros beziehen würden. Wenn diese gemäßigten russischen Partei auf der Konferenz, die hier also durchaus gesichert gilt, zur Geltung kommt, würde der Friede nicht gestört werden. Aber auch andernfalls, so wird bestimmt behauptet, und zwar von bester Seite, wäre der Krieg durchaus nicht gewiß. Österreich werde ihn unter keinen Umständen führen, wenn es nicht von der Konferenz als Vollstrecker des Willens Europas gegen Russland legitimirt würde, was nicht annehmbar ist. Eine schledelbin ablehnende Haltung Russlands würde sonach zunächst auf Andrássy's Stellung zurückwirken. Österreich wird auf der Konferenz in erster Linie bemüht sein, seinen Standpunkt als der Europas hinzustellen und nur, falls dies gelingt, ift ernstlich an Krieg zu denken, wenn Russland auch dann noch unnachgiebig bleiben sollte.

Die "Wiener Politische Korrespondenz" schreibt:

In Bukarest will man, wie uns von dort signalisiert wird, den diplomatischen Stand der habsburgischen Metropole, sion - frage, so augenblicklich dahin definieren, daß Österreich-Ungarn und England sich der Retrozession widersegnen, während Frankreich und Italien die betreffende Forderung Russlands unterstützen und Deutschland legerer antritt, davon abzustecken. Trotzdem beharrte Russland auf seiner Forderung. Wenn wir von dem letzten Theile dieser Mitteilung abscheiden, welcher allerdings keinen Zweifel zu erwecken braucht, so glauben wir doch, daß die ganze übrige Auffassung, welche man in Bukarest von der Stellung der Mächte zu der in Rede stehenden Frage hat, nur zum allergeringsten Theile den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Es ist zum Mindesten nicht bekannt, daß eine oder mehrere Mächte gerade in dieser Frage Russland opponieren.

In Serbien ist man sehr erregt über die seitens der Russen in Aussicht gestellte sehr geringe Grenzberichtigung. Ein serbischer Minister hat dem Korrespondenten der "B. C." folgende Erklärung abgegeben:

Wenn sich die serbische Nation in ihren meistberechtigten Aspirationen von der russischen selbstsüchtigen Interessenspolitik hintergangen sieht, einer Politik, die auf ein Jahrhundert kultiviert, bei der die Balkan-Slaven von der Donau bis zum Ägäischen Meer, vom Pontus bis zur Adria russifizirt werden sollen, dann verbleibt den Serben nicht anderes, als die Politik Kaiser Josefs II. von Österreich auf ihr Panier zu schreiben und auf Grund und mit Hilfe dieser Politik einen großen südslavischen Staat zu gründen, der sich von der Donau bis zum Ägäischen Meer, vom Ister bis zur Adria erstrecken wird. Nur so kann der mächtigen russischen Eigennacht eine Schranke gesetzt und können unsere nationalen Belüften, unsere Sprache, Literatur, Religion etc., namentlich der Konstitutionalismus unter dem mächtigen Schutze der habsburgischen Monarchie erhalten werden, welche, wenn das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten strikt durchgeführt wird, einen slavischen Charakter annehmen und hiermit den moskowitischen geheimen Tendenzen die einzige wirkliche Konkurrenz bieten muß. Dies ist der Beschuß des heutigen Ministerrates.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 1. März. Die Rechtsanwaltsordnung soll in der Sitzung des Reichstages erledigte heute in fünfstündiger Sitzung die §§ 8 und 18 der Vorlage. Die §§ 8, 9 und 10, welche gewisse Einschränkungen der freien Niederlassung der Rechtsanwälte aufheben, wurden unverändert oder mit rein redaktioneller Änderung angenommen. Die §§ 12-14 waren bereits in früherer Sitzung erledigt. Im § 15 wurde bestimmt, daß der vom Rechtsanwalt bei der ersten Zulassung zu leistende Eid in öffentlicher Sitzung abgelegt werden muß. Der von dem Wohnsitz des Rechtsanwalts handelnde § 15, erhielt folgenden Zusatz: "Das Empfangsbefenntnis des Zulassungsbewollmächtigten hat denselben Werth wie das des Rechtsanwalts. Ist eine Zulassung an den Zulassungsbewollmächtigten nicht ausführbar, so kann sie mittelst Aufgabe zur Post erfolgen. Die Mehrosten, welche die Vertretung durch einen nicht am Sitz des betreffenden Gerichtes wohnhaften Rechtsanwalt erfordert, ist die unterliegende Partei zu erstatzen nicht verpflichtet." Wegen der Vorlage wurde § 17 angenommen. Im § 18 wurde § 14, die Zulassung muss zurückgenommen werden, wenn der Rechtsanwalt wegen Geisteskrankheit entmündigt wird" ausgesetzt und eine neue § 18 eingefügt: "Die Zulassung bei einem anderen Gericht als dem Wohnsitz muß zurückgenommen werden, wenn der Rechtsanwalt drei Monate lang keinen dort wohnhaften Zulassungsbewollmächtigten hat." Der wichtigste Beschuß der Kommission ist der, welcher den § 11, den sogenannten Sperrparagrafen, streicht. Zur Regel

tion der gefassten Beschlüsse wurde eine besondere, aus den Abg. v. Schwarze, Wolffson und Eysoldt bestehende Redaktionskommission eingefestigt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. März.

r. Aufs Neue hat eine Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses durch den Propst Pendzinski an der hiesigen St. Martinskirche stattgefunden. Der frühere Restaurator Cie-
sielski, ein polnischer Katholik, war am 27. v. M. am Hirschlage gestorben. Da von den Hinterbliebenen nicht der Nachweis geführt werden konnte, daß der Verstorbene im letzten Jahre zur Beichte ge-
gangen sei, so verweigerte Propst Pendzinski, zu dessen Pfarrgemeinde der Verstorbene gehört hatte, nicht allein das Mitgehen von Geist-
lichen der St. Martinskirche, sondern auch die Gewährung des Le-
ichenwagens. In Folge dessen wurde heute Nachmittag der Sarg
durch mehrere Freunde des Verstorbenen von dem Trauerhause in
der Langenstraße nach dem St. Martins-Kirchhofe hinausgetragen.
Unter dem vorwiegend polnischen Publikum, welches sich vor dem
Trauerhause versammelt hatte, machte sich große Entrüstung über das
Vorfahren des Propstes bemerkbar. Hätten sich übrigens die Hinter-
bliebenen an die Polizeibehörde gewendet, so wäre gemäß der Ent-
scheidung des königl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in
den Diözesen Posen und Gnesen der Leichenwagen der St. Martins-
kirche im Wege des polizeilichen Zwangs herbeigeschafft worden.

r. Die Finanzlage der Stadtgemeinde Bosen ist nach dem städtischen Verwaltungsbericht pro 1876/77 folgende:

Der Final-Abschluß der Jahres-Rechnung über die Kämmerei-verwaltung, umfassend den Zeitraum vom 1. Januar 1876 bis Ende März 1877, weist in Einnahme und Ausgabe 1,178 978 Mark nach; dazwischen ist der in das beharrte Rechnungsjahr u. überneh-

In letzterer ist der in das bevorstehende Rechnungsjahr zu übernehmende Ueberschuss von 60,465 Mark enthalten. Es beträgt die Mindereinnahme 608,319 Mark, die Mehrausgabe 42,933 Mark; diesem Betrage stehen gegenüber die Mehreinnahme von 45,339 Mark, die Minderausgabe von 665,048 Mark, so daß 59,135 Mark gegen den Etat weniger verausgabt worden sind. Während die Jahres-Rechnung pro 1875 mit dem in den Etat pro 1877/78 übernommenen Bestande von 67,484 Mark abschloß, werden Ende März 1877 nur 60,465 Mark als Bestand nachgewiesen, mithin 6999 Mark weniger in den Etat pro 1878/79 einzustellen sein. — Die Ausführung des Gemeindebeschlusses vom 30 August 1876, die Verlegung des Etatsjahrs auf die Zeit vom 1 April des einen bis 31. März des folgenden Jahres betreffend, hat nicht zu besonderen Schwierigkeiten Veranlassung gegeben. Allerdings sind bei den einzelnen Positionen Mehr- oder Mindererinnahmen resp. Ausgaben vorgekommen, die aber bei dem statthabenden Uebergange nicht zu vermeiden waren und in laufenden Rechnungsjahre ausgeglichen werden. Die Mindererinnahmen lassen sich vorzuasweise auf den Ausfall der Zinsen von Wertpapieren pro I. Quartal 1877, sowie darauf zurückführen, daß der Ueberschuß der Gas- und Wasserwerke nicht im etatirten Betrage zur Abführung gelangen konnte. Die Minderausgaben beruhen namentlich auf Ersparnissen bei der Stadt-Schulden- und Armen-Verwaltung; auch hat die Marstall-Verwaltung einen nicht unbedeutenden Ueberschuß nachzuweisen gehabt. Die größte Ueberschreitung des Etats hat, wie im Vorjahr, bei dem Titel für die Straßeneinigung stattgefunden. Dieselbe betrug 10,438 Mark; dann folgen Mehraus-

gaben für bauliche Einrichtungen 10,118 Mark, für ortspolizeiliche Kosten 7959 Mark, für Annahme von Hülfsarbeitern 5477 Mark. Am Schlusse des Rechnungsjahrs war bei der Kämmereikasse ein Baarbestand von 44,039 Mark vorhanden, während derselbe im Vorjahr 38,406 Mark, also 5633 Mark weniger, betrug. — Es ist ein Gemeinde-Beschluß dahin zu Stande gekommen, daß für die Kämmereikasse ein Betriebsfonds in Höhe von 90,000 Mark zu beschaffen sei. In Ausführung dieses Beschlusses wurden in den Etat pro 1876 9000 Mark aufgenommen; hierzu treten pro I. Quartal 1877 2250 Mark, ferner wurden im Etat pro 1877/78 15,000 Mark angesetzt, und schließlich diejenigen Beträge, welche für Kriegsleistungen nachträglich vergütigt worden sind, in Höhe von 26,397 Mark dem Betriebsfonds überwiesen. Durch die weiterhin jährlich in den Etat aufzunehmenden Summen von 15,000 Mark soll der Betriebsfonds auf die Höhe von 90,000 Mark gebracht werden. Für die Verwaltung dieses Fonds ist ein zwischen Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung vereinbartes Statut vom 23. Januar 1877 maßgebend; danach hat der Fonds den Zweck, den ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb der Kämmereikasse sicher zu stellen und diese in den Stand zu setzen, die an sie verantretenden Verpflichtungen sofort und pünktlich zu erfüllen; der Fonds ist als besonderer Nebenfonds getrennt zu führen und über denselben alljährlich Rechnung zu legen; soweit er nicht zu Ausgaben in Anspruch genommen wird, ist er bei der Provinzial-Institutenkasse, bei der Reichsbank oder der Provinzial-Aktienbank anzulegen, damit die für Ausgaben erforderlichen Baarmittel jederzeit flüssig gemacht werden können; nachdem er die Höhe von 90,000 Mark erreicht hat, fließen die aufkommenden Zinsen zur Kämmereikassen-Verwaltung; er ist in seinem Bestande unverändert zu erhalten, event. in Folge eines Defizits zu ergänzen.

r. Die neue Wallischeibrücke soll Dienstag nächster Woche dem öffentlichen Verkehre übergeben werden.

r. Bei der städtischen Sparkasse wurde am 31. März 1877 ein Bestand, einschliefsl. des Reservefonds, von 1,625,106 M. nachgewiesen, während derselbe Ende 1875 1,769,013 M., also 143,907 M. mehr betrug. Ebenso hat sich der Bestand des Reservefonds in derselben Zeit von 316,175 auf 240,257 M. ermäßigt. Sparkassenbücher waren i. J. 1875 im Kurse 5551, im Jahre 1876/77: 5839 Stück, d. h. also 288 Stück mehr. Von den am 31. März 1877 im Umlauf befindlichen Sparkassenbüchern hatten 2090 Stück Einlagen bis 60 M., 1202 Einlagen von 60—150 M., 1001 Einlagen von 150—300 M., 973 von 300—600 M., 573 über 600 M. Von diesen besaßen Korporationen, Gewerke, Stiftungen, Schulen sc. 496, Kirchengemeinden 566, Wittwen 301, Kinder 983, unterehehlische Personen 530, Dienstboten 665, Händler 170, Handwerker 619, Militärpersonen 410, Beamte 237, Landleute 180, Arbeiter 209, Verschiedene 473 Sparkassenbücher. Es liegt in der Absicht, für die Verwaltung der Sparkasse ein neues, den veränderten Zeitverhältnissen entsprechendes Statut einzuführen. Dasselbe ist zwischen beiden städtischen Kollegien vereinbart und im April 1877 der Regierung behufs Herbeiführung der Genehmigung vorgelegt worden. Letztere ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Zivilsupernumerar- und Militär-Anwärterprüfung.
Wie wir hören, ist Seitens der Regierung die bisher — so viel bekannt — noch nicht zur Anwendung gesommene Bestimmung getroffen, die Zivil-Supernumerariats- und Militär-Anwärter für die Folge vor ihrer definitiven Einberufung als Zivil-Supernumerare oder Militär-Anwärter einer Prüfung in Betreff ihrer gesetzlichen, administrativen Kenntnisse zu unterwerfen. Dieselbe erfolgt vor einer Kommission älterer Regierungs-Sekretäre schriftlich und mündlich. Namentlich werden den Examinianden Aufgaben und Fragen aus dem Expeditions-, Rechnungs-, Kassen- und Registratur-Wesen vorgelegt. — Gestern fand nun die erste derartige Prüfung der hierzu vorgeladenen zwei Aspiranten: Lieutenant a. D. Jaekel und Brinzer Kühn, welche längere Zeit ihre Ausbildung bei dem Distrikts-Kommissarius Rosenbaum hier genossen, statt. Mit der Prüfung waren beauftragt: Rechnungsrath Schulz, Regierungs-Sekretäre Spilowsky und Kalinowski. Die Einberufung der Genannten zur Beizierung ist das Resultat der Prüfung.

— **Verhindertes Konzert.** Zu dem von Fr. L u d m i l a v. M i-
l a v a veranstalteten Konzert hatte sich gestern Abend ein mäzig

zahlreiches Publikum im Bazaarale eingefunden. Die ziemlich schwache Beteiligung von Seiten der polnischen Gesellschaft hatte wohl darin ihren Grund, daß zur selben Zeit das Benefiz des Herrn Wolensti im polnischen Theater, welches bis auf den letzten Platz gefüllt war, stattfand. Dem nicht zahlreichen Besuch im Bazaarale föhrte man es zu, daß dem versammelten Publikum vor Beginn des Konzerts die Meldung gemacht wurde, daß Konzert werde überhaupt nicht stattfinden, da Fräulein v. Mikorsla nicht auftreten könne. Indessen wird uns mitgetheilt, daß die Sängerin das Unglück hatte, beim Ersteigen der Treppe herunter zu fallen und deshalb nicht im Stande war, vor dem Publikum zu erscheinen. Langsam aber ruhig verließen die Anwesenden den Konzertsaal. Wie wir hören, gedenkt Fräulein v. Mikorsla ihr Konzert in nächster Zeit zu geben.

— In Heilbronn's Volksgartentheater wird am nächsten Montag das Benefiz für Frau John stattfinden. Zur Aufführung gelangen das Schauspiel „Carlo Brodi“ und „Der Vole und sein Kind“. Liederspiel in 1 Akt von Albert Vorzing.

1. Die Bernhardinerstraße, welche bekanntlich in ihrem größten Theile ungepflastert ist und sich bei der gegenwärtigen regnichten Witterung in vollkommen unsauberem Zustande befindet, ist auf die Strecke von der Brücke bis gegen das Eichwaldthor hin polizeilich gesperrt worden. Auch der G erber d a m m ist aus derselben Ursache noch immer für den Wagenverkehr gesperrt.

Braustadt, 1. März. [Abiturientenprüfung. Neue Postagentur.] Unter dem Vorsitz des Provinzialschulrathes Wolter aus Posen fand am Mittwoch in unserer königl. Realschule die Abiturientenprüfung statt. Es unterzogen sich derselben 9 Schüler, welche sämmtlich das Zeugnis der Reife erhielten. 5 Schülern wurde wegen ihrer vorzüglichen schriftlichen Arbeiten das mündliche Examen erlassen. — Die Ober-Postdirektion zu Posen geht mit dem Plane um, in dem zwei Meilen von hier entfernten, an der Chaussee nach Wollstein gelegenen Dorfe Weine eine Postagentur zu errichten. Es war fürstlich in dieser Angelegenheit bereits ein höherer Beamter dieser Behörde dort anwesend, um die nötigen Lokalitäten hierfür zu beschaffen. Die Leitung des Postdienstes wird einstweilen Gutsbesitzer Markwitz übernehmen.

Die am 22. d. M. unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths, Prof. Polte geprüften 6 Abiturienten der Realschule erhielten sämtlich das Zeugnis der Reife und zwar drei derselben mit dem Prädiplat „Gut“. Zwei waren von der mündlichen Prüfung dispensirt worden.

Bromberg, 28. Februar. [Der hiesige amerikanische Zahnnarzt Dr. Dittmann stand heute (wie schon früher einmal) wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung und Annahmung des Doktorstitels vor Gericht. Der Gerichtshof führte aus, daß der Angeklagte nach amtlicher Feststellung durch das deutsche Generalkonsulat in Newyork, wo derselbe seine Studien an dem „college of dentistry“ rite absolviert habe, zur Führung des Doktorstitels sowie zur Ausübung der zahnärztlichen Praxis berechtigt sei. Demgemäß ward Dr. Dittmann freigesprochen. Nach den Ermittlungen der erwähnten deutschen Behörde steht das dortige zahnärztliche Kolleg auf demselben Standpunkte, wie ähnliche deutsch Anstalten.

Schneidemühl, 1. März. [Leichenfund]. Gestern ist in der Nähe des an der Bromberger Chaussee hier selbst belegenen Nösler'schen Mühlengrundstücke schon wieder die Leiche eines Bettlers gefunden worden. Heute begab sich in Folge dessen eine Gerichtskommision an Ort und Stelle und stellte fest, daß der Mann an einem Schlaganfalle verstorben ist. Nach Aussagen von Zeugen soll derselbe Geiste heißen und früher als Eisenbahnarbeiter hier selbst beschäftigt gewesen sein.

Aus dem Gerichtssaal.

—h— **Posen**, 1. März. [Schwurgericht: Urkundenfälschung. Raub. Bankraub. Schwerer Diebstahl.] Nachträglich sind für den 28. Februar, für den 1. und 2. März noch im Ganzen neun Anklagesachen angezeigt. Von diesen gelangten am Donnerstag vier zur Verhandlung.

Der Zimmermeister Anton Heymann aus Posen ist angelagt: in rechtswidriger Absicht eine Privaturlkunde, welche zum Beweise von Rechten von Erheblichkeit ist, nämlich auf einem Wechselsformulare, in welchem das Datum auf: "Posen, den 5. August 1877" die Wechselsumme auf "400 Mark, zahlbar drei Monate a dato" und der Rentier Serafin v. Michalski als Bezugener angegeben war, den in Querschrift befindlichen Vermerk: "Angenommen S. v. Michalski" fälschlich angefertigt und von derselben im August 1877 zu Górczyn zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch gemacht zu haben, und zwar in der Absicht, sich einen Vermögensvortheil, zu verschaffen; und ferner: durch dieselbe That, in der Absicht sich einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen des Eigentümers Anton Schubert zu Górczyn dadurch beschädigt zu haben, daß er durch Vorstellung einer falschen Thatsache einen Irrthum erregte. Der Angeklagte ist vollkommen geständig, so daß, da der Staatsanwalt mildernde Umstände zugilligte und der Gerichtshof der Annahme mildernde Umstände beitrat, ohne Buziehung der Geschworenen verhandelt wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte bei Verlauf des Wechsels an Anton Schubert diesem gestanden hat, daß der Aufzettungsvermerk auf demselben gefälscht sei, daß er ihn bat den Wechsel nicht aus der Hand zu geben und daß er schließlich auch den Wechsel noch vor dem Verfallstage eingelöst hat. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Als zweiter Angeklagter erschien der Arbeiter Wojciech Mackowiak aus Lufkovo. Die Anklage des Raubes, welche gegen ihn erhoben ist, gründet sich auf folgende Thatumstände. Am 12. November 1877 ging die Magd Josephina Majewska aus Bomblin von Samter aus auf der Chaussee in Gesellschaft des ihr bis dahin unbekannten Angeklagten, den sie bei dem Gestindevermiether Kühn in Samter kennen gelernt hatte, in der Richtung nach Dobrin zu, um nach Bomblin zu gelangen. Ungefähr eine Viertelmeile hinter Popowko auf dem nach Przeciwinka führenden Landwege warf der Angeklagte die Majewska in einen der dort auf dem Felde befindlichen Wassergräben, untersuchte ihre Kleidertaschen und entzog ihr endlich gewaltsam ihren Handkorb, in welchem sie ihre Baarschaft im Betrage von 39 Mark und ein Zusammengemesser mit weißer Hornschale hatte. Die Majewska lief weg und versuchte zunächst einige auf dem Felde befindliche Leute dazu zu bewegen, den Angeklagten, welcher einem nahen Gehölz zugeeilt war, zu verfolgen. Als dies aber mit Rücksicht auf den weiten Vorsprung, welchen der Angeklagte gewonnen hatte, abgelehnt wurde, begab sie sich nach Hause. Den Korb hatte sie am Orte der That allerdings wiedergefunden aber ohne die 39 Mark und ohne das Messer. Am folgenden Tage wurde der Angeklagte in Dobrin auf Anregung der Majewska, welche sich die Gesichtssäge dess

Räubers genau gemerkt hatte, verhaftet. Bei der Leibesrevition fand man bei ihm das Zusammenlegemesser, welches die Majewska mit Bestimmtheit als das ihr geraubt relognösirt hat. Die Majewska hat noch bekundet, daß der Angeklagte bei dem Gesindevermiethe Kühn in Samter Gelegenheit hatte zu seben, wie sie aus ihren Sachen das Geld herausnahm und unter Zurücklassung der letzteren zu sich stiecke. Unterstutzt wird die Aussage der Majewska, durch die Wahrnehmungen des Tagelöhners August Neumann und der Schäfersohne Friedrich und August Faust, welche die Majewska an dem genannten Tage von dem Raubansfall erzählte und welche zur Verfolgung des Räubers aufgefordert wurden und in der Ferne einen Mann dem Walde zu eilen sahen. Der Angeklagte läugnet. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, den erschwerenden Umstand, welchen den sonst nur vorliegenden Diebstahl erst zum Raube macht, nämlich daß die That mit Gewalt gegen die Person der Majewska verübt sei, nur mit sieben gegen fünf Stimmen. Der Gerichtshof trat der Majorität der Geschworenen bei und bestrafte den Angeklagten mit zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Chärverlust sprach auch die Zulässigkeit von Polizeiaufficht aus.

Zum Schluß wurden am Donnerstage zwei Anklagesachen wegen schweren Diebstahls verhandelt, welche gleichfalls mit Verurteilung der Angeklagten endeten. Der schon mehrfach wegen Diebstahls bestrafte Tagelöhner Joseph Pawłowski aus Göltow wurde wegen versuchten schweren Diebstahls mit drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, die unverehelichte Auguste Weizendorf aus Grabowice wegen zweier schwerer Diebstähle mit neun Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust, die Dienstmagd Constantia Schreib vogel wegen zweier schwerer Diebstähle im wiederholten Rücksale mit drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust bestraft. Hinrichtlich der beiden letzten Angeklagten wurde auf Grund ihres Geständnisses und da auch der Staatsanwalt mildernde Umstände als vorliegend anerkannt hatte, ohne Geschworene verhandelt. Bei dem Angekl. Joseph Pawłowski wurde noch die Zulässigkeit von Polizeieigentum ausgesprochen.

Am heutigen Tage steht zunächst die Anklagesache gegen den Kaufmann Hermann B. aus Posen wegen einfachen und betrügerischen Bankerutts zur Verhandlung. Die Anlageformel ist dahin gesetzt, daß der Angeklagte in den Jahren 1876 und 1877 zu Posen als Kaufmann, welcher je Zahlungen eingestellt hat, durch zwei verschiedene selbstständige Handlungen: 1. in der Absicht, seine Gläubiger zu benachtheiligen, Vermögensstücke beiseite geschafft hat, (betrügerischer Bankerutt); 2. daß er die Bilanz seines Vermögens in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit zu ziehen und Handlungsbücher deren Führung ihm gesetzlich oblag, zu führen unterlassen hat, (einfacher Bankerutt.) Der Anklagechrist entnehmen wir Folgendes: Der Angeklagte verheirathete sich im Jahre 1873 mit Rosalie geborene K. verwitweten Cohn, welche in Gnesen ein Schnittwaarenengeschäft betrieb. Im Jahre 1874 versielte die verehelichte B. in Konkurs und zog im Jahre 1875 nach Posen, woselbst sie zunächst für Rechnung ihres Bruders Leo, seit Januar 1876 jedoch für eigene Rechnung den Handel mit Schnittwaaren fortsetzte. Anfangs September 1876 übertrug sie die verehelichte B. dann ihrem Ehemann, dem Angeklagten, ihr Geschäft, welcher dasselbe unter seinem Namen in das Handelsregister eintragen ließ. Der Umsatz in diesem Geschäft war nur unbedeutend. Durch gerichtlichen Beschluß vom 28. August 1877 wurde über das Vermögen des Angeklagten der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 4. April 1877 festgesetzt. An diesem Tage nämlich habe es der Angeklagte und seitdem bis zur Konkursöffnung mehrfach zur Protestierung fälliger Wechsel kommen lassen. Zuletzt war ihm ein Theil seines Waarenlagers abgepfändet und zur Pfandlammer geschafft worden. Die Forderungen der Gläubigergesellschaft werden im Konkursverfahren vorläufig mit 18% Prozent zur Hebung kommen. Bei Übernahme des Geschäfts hat nun der Angeklagte keine Bilanz gegeben; er hat ferner keine Bücher geführt, vielmehr solche erst kurz vor der Konkursöffnung anfertigen lassen, diese sind außerdem unvollständig und gewähren nicht eine genügende Übersicht des Vermögensstandes. Endlich hat der Angeklagte nach Behauptung der Anklage in betrügerischer Absicht Theile seines Waarenlagers bei Seite geschafft. Kurz vor der gerichtlichen Konkursöffnung Anfangs August 1877 ging der Kaufmann Hoffmann aus Berlin zu dem Angeklagten, weil dieser es bei zwei Hoffmann'schen Wechseln zur Protesterhebung hatte kommen lassen. Dem Hoffmann gestand der Angeklagte seine Insolvenz zu, während die Ehefrau des Angeklagten dem Hoffmann mittheilte, daß der Angeklagte des Abends spät sich noch im Geschäft zu thun mache, daß er augenscheinlich Waaren bei Seite schaffe und daß er von der letzten Reise zu einem Jahrmarkt Waaren nicht zurückgebracht und endlich daß er Waaren in Posen versteckt habe. Der Angeklagte stellte dies Anfangs in Abrede, mußte es aber auf den Vorhalt seiner Frau schließlich doch als richtig anerkennen. In der That hat der Angeklagte unmittelbar vor Eröffnung des Konkurses eine Quantität Waaren, deren Werth er selbst auf etwa 500 Mark angibt, nach Birnbaum zu seiner Tante geschafft. Diese Waaren befanden sich in drei Säcken und wurden von dem Angeklagten in eine Kiste umgepackt. In den Handlungsbüchern ist bezüglich dieser Waaren nichts vermerkt. Bezuglich der vom Angeklagten in Versatz gegebenen Waaren, von denen aus den Büchern auch nichts zu erkennen ist, bemerkt die Anklage, daß in dem Bade'schen Pfandleihgeschäft hierselbst Waaren im Taxwerthe von zusammen 270 Mark im April 1877 und in dem hiesigen städtischen Leihamte am 2. August 1877 Waaren im Taxwerthe von 399 Mark vom Angeklagten versteckt seien. Der Angeklagte behauptet, diese Versatzgeschäfte zwecks Tilgung fälliger Verbindlichkeiten vorgenommen zu haben. Der Angeklagte gibt auch zu, daß er keine Bilanz gegeben und keine Bücher geführt habe, er will jedoch nichts von der Buchführung verstehen und sich zum Zwecke der Buchführung einen jungen Mann angesehen haben, auf den er sich habe verlassen müssen. Die Geschworenen bejahten die Frage nach dem einfachen Bankerutt mit mehr als sieben Stimmen, die Frage nach dem betrügerischen Bankerutt dagegen mit sieben gegen fünf Stimmen. Der Gerichtshof trat in leichterer Hinsicht der Minorität der Geschworenen bei und sprach den Angeklagten von der Anklage des betrügerischen Bankerutts frei, verurteilte ihn dagegen wegen einfachen Bankerutts zu zwei Monaten Gefängnis, von denen jedoch ein Monat als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Die zweite am Freitag verhandelte Anklage war wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle erhoben und zwar gegen den Tagelöhner Wawrzyn D siecki aus Schrimm, den Tischler Lukas D siecki aus Mechlin und die unverheiliche Franziska Szymanska aus Wojnowitz; letztere ist außerdem noch wegen eines einfachen Diebstahls angeklagt. Die drei Angeklagten hatten sich am 19. Dezember 1877 Abends von Schrimm nach Nockowo begeben und dort dem Dominalwächter Anton Michalak eine Zuchtfau im Werthe von 15 Mark aus verschlossenem Stalle gestohlen. Die Rollen waren dabei derart verteilt, daß die Szymanska Wache stand, während Lukas D siecki das Schloß erbrach und Wawrzyn D siecki in den Stall ging und das Schwein so lange am Hals hielte, bis es erstickte. Demnächst trug die Szymanska das Schwein nach Schrimm, wo sie jedoch vom Wächter ergriffen und ihr das Schwein abgenommen wurde. Zwei Tage vorher auf einem Jahrmarkt in Schrimm hat die Szymanska die Tagelöhnerfrau Marianna Sizynska, ihr die wollene Schürze, welche die Sizynska am Leibe trug, zu borgen, weil ihr kalt sei. Als die Sizynska diese Bitte abschlug, riss die Szymanska die Schürzenchnur durch, ergriff die Schürze und entfernte sich mit derselben. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen und verneinten sämtliche Fragen nach mildernden Umständen. Der Gerichtshof bestrafe den Wawrzyn D siecki mit drei Jahren Buchthaus und drei Jahren Ehrverlust, den Lukas D siecki mit fünf Jahren Buchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und die Franziska Szymanska mit drei und einem halben Jahre Buchthaus und vier Jahren Ehrverlust und sprach bezüglich aller Angell. die Buläufigkeit von Polizeiauffindt aus.

* A.C.* Berlin, 1. März. Der Stiefvater ist nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 8. Februar 1878 nicht zu einer selbstständigen Stellung eines Strafantrages für seine durch vom Antragsdelikt verlebte Stieftochter befugt, da gegen kann er wohl den Strafantrag im Auftrage des Bormundes stellen. — Der Stiefvater eines verführten fünfzehnjährigen Mädchens hatte auf die Aufforderung ihres Bormundes die Sache dem Gericht angezeigt und den nach § 182 des Str.-G.-B. erforderlichen Strafantrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft nahm an, daß der Stiefvater im Auftrage des Bormundes gehandelt hatte und leitete die Untersuchung gegen den Verführer ein. Das Gericht dagegen erachtete den gestellten Antrag für gesetzlich unwirksam, und es wurde demzufolge etwa ein halbes Jahr später der Bormund vor den Untersuchungsrichter vorgeladen und gefragt, ob er keinen Strafantrag stellen wollte. Dieser bejahte es, erklärte aber auch zugleich, daß er von der Strafthat bald nach Verübung Kenntniß geahbt hatte. Das Appellationsgericht zu Posen sprach demzufolge (wegen der abgelaufenen Frist) ab.

fenen Verjährungsfrist von 3 Monaten) den Angeklagten frei und die dagegen von der Staatsanwaltschaft eingelagte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal zurückgewiesen. „Es liegen“, führt das Erkenntnis des Ober-Tribunals aus, „zwei Anträge auf Verfolgung der am 28. September 1876 verübten That vor; der erste vom Stiefvater S. gestellt ist am 10. Oktober 1876 bei der Staatsanwaltschaft zu Meseritz eingegangen; der zweite von dem Vormund G. am 7. März 1877 in Protokoll erklärt. Da S. nicht zu denjenigen Personen gehört, welche nach § 182 Str. G. zur Stellung des Strafantrages berechtigt sind, so nimmt der Appellationsrichter mit Recht an, daß auf sein Anrufen die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Strafthat nicht befugt ist. Der Ausführung in der Nichtigkeitsbeschwerde, wonach S. als Bevollmächtigter der G. gehandelt haben soll, kann nicht zugestimmt werden. Daß S. sich der Staatsbehörde ausdrücklich als Bevollmächtigter, ausweise ist zwar nicht erforderlich. Dagegen müssen, um die Handlung des S. als im Auftrage des G. geschehen anzusehen, materiell die Voraussetzungen eines Vollmachtsvertrages zutreffen. Das ist hier aber, wie der Appellationsrichter mit Recht ausführt, nicht der Fall. Die Ausfertigung des G.: „Das mußt Du anzeigen“, kann nicht als ein Auftrag, wonach S. Namens oder für G. handele, sondern nur als ein Rat, was S. thun solle, aufgefaßt werden.“

Breslau, 28. Februar. Hinsichtlich des Klageserechts gegen die vermeintlich unrichtige Be ran lagung zur Kommunalesteuer, wird von den hiesigen Blättern folgender Fall von allgemeinem Interesse mitgetheilt: Ein Beamter, der bis zum 1. Januar 1876 ein Diensteinkommen von rund 2400 Mark hatte, wurde an diesem Zeitpunkte unter Aufrüden in eine höhere Gehaltsstufe nach einem anderen Orte versetzt. Obwohl derselbe vor 1876 noch mit dem Einkommen von 2400 Mark zur Staatsklassensteuer veranlagt war, so wurde an seinem neuen Domizil gleichwohl die von ihm seit dem 1. Januar 1876 zu entrichtende Kommunalsteuer nach dem höheren Diensteinkommen berechnet. Der Beamte beschritt deshalb den Weg der Klage, beantragend, die Stadtkommune zur Erfüllung der zu viel erhobenen Steuer zu verurtheilen, indem er auszuführte, daß das der Klassensteuer zu Grunde gelegte Diensteinkommen auch für die Veranlagung zu den Gemeindeabgaben maßgebend sei, und daß eine nach Veranlagung der Klassensteuer eintretende Gehaltserhöhung in dem betreffenden Jahre eine Erhöhung weder der Klassen- noch der Kommunalsteuer zur Folge haben könne. Das Kreisgericht verurtheile denn auch die Stadtgemeinde dem Antrage des Klägers entsprechend. Auf den von der Regierung erhobenen Kompetenz-Konflikt erkannte indessen der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, daß der Rechtsweg in dieser Sache ungültig sei, und führte Folgendes aus: Nach den auch auf Gemeindesteuern Anwendung findenden Vorschriften der §§. 78 und 79, Tit. 14, Theil II, A. L. R. sollte in Betreff der Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Abgaben, denen sämmtliche Einwohner des Staates oder alle Mitglieder einer gewissen Classe derselben nach der bestehenden Landesverfassung unterworfen sind, ein Prozeß nicht stattfinden, es wäre denn, daß eine Befreiung von einer solchen Abgabe aus besonderen Gründen — Vertrag, Privilegium, Verjährung — oder eine Prägravation behauptet würde. Ein Ausnahmefall ersterer Art läge nicht vor, und wegen Prägravation sei der Rechtsweg nur unter den Zahlungspflichtigen, nicht zwischen diesen und der für die Veranlagung und Erhebung der Steuern zuständigen Staats- oder Gemeindeverwaltung gestattet. Deshalb wäre die vorliegende Streitfrage nicht im Wege Rechtes, sondern der Verwaltung zur Entscheidung zu bringen.

Grünberg, 26. Februar. Vor dem Dreimännergericht gelangte am 21. d. M. die gegen den früheren Direktor der Grünberger Rückversicherungsgesellschaft Rose erhobene Anklage zur Verhandlung. Diese dauerte von früh 9 Uhr bis Abends 5½ Uhr mit Ausschluß einer einstündigen Pause. Mit dem größten Interesse wurde die Verhandlung von zahlreichen Vertretern der Geschäftswelt verfolgt. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte Kreisgerichts-Direktor Cramer, als Ankläger fungierte Staatsanwalt Stein, beide in Grünberg, die Vertheidigung hatte Rechtsanwalt Bellier aus Glogau übernommen. Als Sachverständige waren zugezogen Vertreter von zwei der größten Versicherungsgesellschaften und zwar Herr Lampe aus Frankfurt a. M. und Herr Döhring aus Berlin, Vertreter einer Stockholmer Versicherungsgesellschaft; ferner die Herren: Generalagent Martini, Kalkulator Effenberger und Lengnig von Grünberg. Die Anklage lautete auf Betrug, begangen durch Fälschung von Zahlen. Der Sachverhalt der Anklage ist kurz folgender: Direktor Rose fand die vom Berichterstatter Schädel aufgestellte Bilanz für das Geschäftsjahr 1875 für zu niedrig. Rose änderte die richtige, von Schädel aufgestellte Bilanz durch Fälschung von Zahlen in den Geschäftsbüchern und zwar durch Rasuren und Aenderung von Zahlen. Durch diese Veränderung der Bilanz, welche für den Angeklagten günstiger lautete als die Schädel'sche, verschaffte sich der Angeklagte als Direktor der Gesellschaft eine hohe Tantième (2074 Mark) und außerdem eine höhere Dividende als Aktionär der Gesellschaft, wodurch jedoch das Vermögen der Versicherungsgesellschaft geschädigt wurde. Der Angeklagte, sowie auch der Vertheidiger suchten nun nachzuweisen, daß die dem Angeklagten zur Last gelegte Fälschung keine solche sei, sondern nur eine Berichtigung der von Schädel falsch heraus gerechneten Zahlen und daß die Korrektur der Zahlen nicht aus böser Absicht geschehen sei; die Aenderung der Zahlen sei überhaupt nur deshalb vorgenommen, weil Angeklagter die von Schädel aufgestellte (richtige) Bilanz mit seinen Anscheinungen als "Direktor", überhaupt als Fachmann vereinbaren konnte, die Bilanz für viel zu niedrig in Hinsicht auf die Abschlüsse früherer Geschäftsjahre gehalten habe. Daß der Angeklagte eine falsche Bilanz aufgestellt, ohne jedoch eine Durchrechnung vorher vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, erklärte der Sachverständige Herr Lampe aus Frankfurt a. M. für eine unsinnige Handlung, Herr Sachverständiger Döhring würde in diesem Falle an Stelle des Angeklagten eine Durchrechnung der Bücher vorgenommen haben. Der Staatsanwalt beantragte nach der Beweisaufnahme als Strafe für den Angeklagten nach § 263 des Strafgesetzes 9 Monate Gefängnis, 1000 Ml. Geldstrafe, im Unvermögensfalle noch 3 Monate Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Die interessante Vertheidigungsrede des Herrn Bellier, welche Freisprechung des Angeklagten beantragte und am Schlusse einen den Angeklagten ehrenden Brief des Kommerzienraths Herrn Gruschwitz in Neusalz an den Herrn Vertheidiger enthielt, vermochte den Gerichtshof nicht von der Unschuld des Angeklagten zu überzeugen und wurde letzterer zu 6 Monaten Gefängnis und 500 Ml. Geldstrafe verurtheilt. Der Verurtheilte meldete sofort die Appellation an.

Staats- und Volkswirthschaft.

r. Posen, 2 März. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Posener Kreuzburger Eisenbahngesellschaft fand unter starker Beteiligung von 10½ Vormittags bis 12½ Uhr Mittags im Saale von Mylius Hotel statt; es waren 44 Aktionäre mit 1764 Stimmen anwesend. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, Dr. Sonigmann aus Breslau. Als Vortragsreferent erschien M. Lemme.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit dem Hinweise auf den gedruckten und zur Vertheilung gelangten Vorbericht der Direktion über den unter dem 23. Januar d. J. zwischen den zuständigen Organen des Deutschen Reichs- und Kontinental-Eisenbahnbau-Gesellschaft zu Berlin (jetzigen Aktiengesellschaft Königin Marienbitte zu Cainsdorf) und der Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung der letzteren geschlossenen General-Bergleich. Diesem Vorbericht ist Folgendes zu entnehmen: Die Herstellung der Posen-Creuzburger Eisenbahn ist bekanntlich durch den von der Generalversammlung der Baugeellschaft am 27. November 1872 genehmigten Vertrag vom 12. November 1872 der Deutschen Reichs- und Kontinental-Eisenbahnbau-Gesellschaft in General-Entreprise gegeben. Ist dieser Vertrag nunmehr zwar

auch in der Hauptsache erfüllt und die Betriebs-Gründung der Bahn vorläufig erfolgt, so waren doch zur Zeit der Betriebs-Gründung noch eine erhebliche Zahl belangreicher, zur Vollendung der Bahn erforderlicher Restarbeiten im Rückstande, von denen ein größerer Theil bei der Dringlichkeit derselben inzwischen ausgeführt werden musste, andere noch jetzt ihrer Erledigung barren. Bei der Mehrzahl dieser Vollendungs- und Restbauten, deren Notwendigkeit an sich feststand, herrschten zwischen der Bahngesellschaft und der General-Enterprise Differenzen über die Verbindlichkeit zur Ausführung derselben Seitens letzterer, denen die Fassung und der Inhalt des Bau-Enterprise-Vertrags vielfach Raum gab. Die hiernach von der Baugesellschaft verweigerten oder unterlassenen Bauausführungen mussten nun zunächst, wenn auch unter Vorbehalt der gegen die General-Enterprise geltend zu machenden Ansprüchen auf Rückerstattung, soweit sie dringend nötig waren, von der Bahn-Gesellschaft selbst vorschüssig bewirkt werden. Die dazu erforderlichen Baumittel sind zuerst aus der mit Bewilligung der Generalversammlung vom 27. Mai 1876 aufgenommenen Anleihe, demnächst aber aus den eigenen disponiblen Betriebsbeständen bestritten, aus welchen auch die nur auf ein Jahr bewilligten Darlehnsbeiträge demnächst wieder gedeckt werden konnten. Die erwähnten Restbauten waren aber nicht der einzige Gegenstand der sehr zahlreichen und bedeutungsvollen Differenzen zwischen Bahn- und Baugesellschaft über die ihnen gegen einander aufer- und innerhalb des bestehenden Vertragsverhältnisses zustehenden Ansprüche. Es wurden vielmehr in dieser Beziehung des Weiteren geltend gemacht: seitens der Bahngesellschaft Vollendung des nicht überall völlig geregelten Grunderwerbs und Bezahlung der Erwerbspreise, sowie aller hieraus heruleitenden Entschädigungs-Ansprüche, Ergänzungen von Bauwerken und Ausrüstungsstücken, Erstattung beträchtlicher Leistungen auf Grund obliegender Haftung, resp. Garantieleistung, endlich Werth-Absindung für solche Bauobjekte, deren definitive Feststellung und damit Herstellung einstweilen noch ausgesetzt geblieben waren und an deren Statt zunächst nur Provisorien geschaffen waren; seitens der Baugesellschaft dagegen: Zahlung derjenigen Restbeträge, welche auf die gezeichneten Akten von den Zeichnern nicht voll geahlt sind, sodann aber auch namentlich Vergütung der Kosten einer großen Anzahl von Mehrleistungen, welche angeblich von ihr über die vertragsmäßig obliegenden hinaus haben bewirkt werden müssen. Die Summe dieser Forderungen erreichten nach den ursprünglichen beiderseitigen Aufstellungen die sehr beträchtliche Höhe von 2,594 468 Mark seitens der Bahngesellschaft, und von 4,934 305 Mark seitens der Baugesellschaft. Nach Kompensation der anerkannten, resp. thunlichsten Reduktion der geforderten Beträge stellte sich immer noch eine streitige Differenz von 1,300 000 Mark heraus. In den zur Herbeiführung des Vergleichs durch Delegirte der beiderseitigen Gesellschafts-Organne gepflogenen Verhandlungen gelang es, dem Ausgleiche insoweit näher zu kommen, daß seitens der Bahngesellschaft nur mehr die Herauszahlung einer Summe von 750 000 M. von der Baugesellschaft beansprucht wurde. Endlich wurde durch Vermittlung des Finanzkonsortium der Posener-Kreuzburger Eisenbahn-Gesellschaft der Generalvergleich auf der Basis, nach welcher er nunmehr als zum Abschluß gelangt vorliegt, vermittelt. Die 336 000 M. setzen sich zusammen aus einer Bauabschal-Absindung von 300 000 M. und 36 000 M. speziell für die Zwecke der noch rückständigen Grunderwerb-Regulirung über den dafür ursprünglich geschätzten Satz hinaus. Für die übereinstimmende Annahme dieses Abkommen durch den Aufsichtsrath und die Direktion war bei sorgfältiger Erwägung der Umstände die prinzipielle Rücksicht maßgebend, daß in allerster Linie die Vollendung und Abwicklung des Baues, die Auseinandersetzung mit der Generalentreprise und die Befestigung des bisherigen unbestimmen und provisorischen Zustandes in der Finanzlage unseres Unternehmens in dem dringlichsten und unabsehblichsten Interesse desselben Bedarf seiner Konsolidierung, weiteren Entwicklungsfähigkeit wie der Erlangung einer unerlässlichen Dispositionsfreiheit liege. Mühten sich die Gesellschaftsvorstände auch sagen, daß der geschlossene Vergleich eine nicht unerhebliche angenommene finanzielle Einbuße für die Bahngesellschaft verhüte, da die hochflüssigen Gegenansprüche der Baugesellschaft hinsichtlich ihrer rechtlichen Begründung und Durchführbarkeit als gleichwertig und gleichberechtigt mit der Mehrzahl der bahnseitigen Forderungen nicht anzuerkennen waren, so konnte die Übernahme derselben doch nicht beanstanden werden, wenn die außerordentlichen Schwierigkeiten der Verhältnisse, die Unkonvenienzen und höchst zweifelhaften Chancen in Betracht gezogen wurden, welche ein Austrag der schwedenden großen Differenzen nothwendig verhüten mußte, zumal die zum Theil bereits beschrittene Durchführung derselben auf dem Rechtswege bei der Komplizitheit der That- und Rechtsfragen in eine unabsehbare Ferne gerückt wäre, ihrerseits große Opfer an Kosten und Zinsen zuglos verschlungen haben und endlich ihr materieller Ausgang ein vielfach zweifelhafter geworden sein würde bei der im Allgemeinen ungünstigen Lage, in welche die Bahngesellschaft durch die Fassung und den Inhalt des Enterprisevertrages gesetzt ist. Dem gegenüber mußte die Erlangung eines definitiv geordneten Zustandes als ausschlagender Vortheil erachtet werden. Endlich konnten auch die neuerdings einer bedeutsamen Veränderung unterzogene Situation der uns gegenüberstehenden Baugesellschaft und die möglichen Konsequenzen eines feindlichen Austrages der bestehenden schweren Verwickelungen im Einzelnen für die Entschließung nicht außer Acht bleiben. — Da mit dem geschlossenen Generalvergleich, wie aus dem Dargestellten erhellt, für die Diesseite eine beträchtliche Summe von Ansprüchen auf Vollendungs-, Erfatz- und Regreßleistungen gegen die Baugesellschaft entfällt, der Aufwand der bezüglichen Kosten aus den eigenen Mitteln der Bahngesellschaft aber zu großem Theil bereits erfolgt, zum anderen unvermeidlich ist zur vollständigen Herstellung und Ausrüstung der Bahn, das volle geballte Anlage-Kapital aber bestimmungs- und vertragsmäßig durch Ueberweisung an die General-Enterprise absorbiert ist, so bildet anderweitige Beschaffung der noch erforderlichen Ergänzungsmittel eine nothwendige Bedingung und resp. Konsequenz

Die zur Begleichung der aus Betriebsfonds geleisteten Vorschüsse, sowie zur gänzlichen Vollendung aller Restarbeiten erforderliche Bedarfssumme beziffert sich auf c. 1,500,000 M., wovon durch vorhandene andere Aktiva z. etwa 650,000 M. gedeckt werden, so daß ein Bedarf von c. 1,000,000 M. verbleibt. Zur Realisierung derselben wird die Emission von 1,200,000 M. 5 proz. Prioritäts-Obligationen nominal für erforderlich erachtet; es ist darin dem event. Kursverluste, sowie dem Umstände Rechnung getragen, daß zuvörderst eine Lombardirung der Stücke nach Maßgabe des eintretenden Geldbedarfs stattfinden soll, zu welcher sich die Mitglieder des Finanz-Konsortii bis auf Höhe von 85 Prozent des Nominalbetrages gegen 5 Prozent Vergütung bereit erklärt haben. Die Amortisation soll mit $\frac{1}{2}$ Prozent jährlich von einem noch festzusetzenden Termine ab erfolgen.

— Nach dem Generalvergleiche ist der Baugesellschaft die von der selben bei der Generalstaatsklasse hinterlegte Caution von 1,857,300 M. in Effekten nominal spätestens am 1. Oktober 1878 zurückzugeben resp. zu erstatten. Diese Caution haftet aber der Staatsregierung für die Erfüllung der der Baugesellschaft durch die Konzeßion auferlegten Pflichten, und hat deren Herausgabe Seitens des Herrn Minister's bisher noch Anstoß erfahren. Es steht zu hoffen, daß die schwedenden Verhandlungen zu einem befriedigenden Ziele führen und die der Baugesellschaft zugesticherte Rückgabe der Cautionseffekten in natura rechtzeitig ermöglichen werden. Für den nicht zu erwartenden Fall, daß sich die günstliche Freigabe dieser Caution über diesen Termin hinaus verzögern sollte, war es indessen ratsam, der möglichen Nothwendigkeit einer weiteren vorläufigen Beschaffung der zur Rückerstattung erforderlichen Mittel insoweit vorzusehen, daß einer eventl. bis auf den Betrag von 3,000,000 M. künftig zu erhöhenden Prioritätsanleihe das gleiche Rangrecht mit den jetzt zunächst zu emittirenden 1,200,000 M. gewahrt bleibe. In diesem Sinne soll das Privileg nachgericht resp. der Statutennachtrag gefaßt werden. Die Gesellschaftsorgane glauben in Gemäßigkeit des Vorausgeföhrten ihrerseits die Annahme der bei der Generalversammlung zustellenden Antäge dringlichst befürworten zu sollen. — Nach dem Generalvergleich haben beide Kontrahenten ihre sämtlichen wechselseitigen Ansprüche und Forderungen

gegen einander auf, bis auf die nachfolgenden Verbindlichkeiten: Die Bahngeellschaft übernimmt den Grunderwerb nunmehr in seiner gegenwärtigen abgeschlossenen Lage und erkennt an, für die zeitigen Rückstände durch die vereinbarte Abfindungssumme entschädigt zu sein. — Die der Bahngeellschaft von den Kreisen Schrada und Pleischen bezüglich des Grunderwerbs seiner Zeit eingeräumten Rechte, welche dieselbe durch Cession vom 12. Dezember 1876 der Baugesellschaft überwiesen hat, wird die Hüttingeellschaft im Wege der Cession der Bahngeellschaft insoweit wieder überweisen, als solche Ueberweisung erforderlich ist, um von den erwähnten Kreisen diejenigen Entschädigungs-Summen sich erstatten zu lassen, welche die Bahngeellschaft selbst in den gegen sie angestellten Grunderwerbsprozessen den Expropriaten bereits gezahlt hat oder noch zu zahlen haben wird. — Die Baugesellschaft hatte der Bahngeellschaft als Sicherheit für die Erfüllung aller in dem Bauvertrage übernommenen Leistungen eine Kautions von 1.857.300 M. in Wertpapieren bestellt. Die Bahngeellschaft erstattet der Baugesellschaft Effekten gleicher Gattung und gleichen Betrages bis zum 1. Oktober 1878; die Baugesellschaft zahlt gleichzeitig mit der Rückgewähr der Kautions die Vergleichssumme von 336.000 M. in baarem Gelde. Die Kontrahenten erkennen gegenseitig an, daß mit Erfüllung dieses Vergleichs sämtliche wechselseitigen Forderungen erloschen sind, und daß es insbesondere nunmehr lediglich Sache der Bahngeellschaft ist, mit den Nachbarbahnen und Bahn-Abhängen sich wegen der von diesen erhobenen Ansprüchen aus einander zu setzen und solche zu befriedigen, insbesondere auch der Staatsregierung bzw. Reichsregierung und der Oberschlesischen und Märkisch-Pössener Eisenbahn den geforderten Fortifikationsbeitrag zu leisten.

Der Vorsitzende verlas hierauf nachfolgenden vom Landratshausamt-Beweser Müller, Rentier Rollin und Steuerrath Neukratz eingegangenen Vertragungs-Antrag:

„Die Unterzeichneten beantragen, die General-Versammlung wolle in Erwägung, daß der den Aktionären zugegangene Erläuterungs-Bericht der Direktion das zur Beurtheilung des Generalvergleiches vom 23. Januar 1878 in thatthüllerischer und rechtlicher Beziehung erforderliche Material nicht bietet, auch in der heutigen General-Versammlung bei der Kürze der zugemessenen Zeit die Möglichkeit nicht gegeben ist, die Unterlagen dieses Vergleiches einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, — die Beschlüßfassung über die Genehmigung des mit der deutschen Reichs- und Kontinentaleisenbahn-Baugesellschaft geschlossenen Generalvergleich für heute aussetzen und eine Kommission von 6 Mitgliedern aus ihrer Mitte mit dem Auftrage niedersezgen, die zwischen der Bahn- und der Baugesellschaft schwelbenden Streitpunkte und den Generalvergleich einer eingehenden Prüfung unterwerfen und einer demnächst einzuberufenen neuen Generalversammlung über das Resultat dieser Prüfung einen schriftlichen Bericht zu erstatten. Die Kommission soll zur Hälfte aus nicht zum Aufsichtsrathe gehörenden Aktionären bestehen und autorisiert sein, einen Juristen und zwei unbeteiligte Bautechniker zu ihrem Beirath zu kooptiren.“ Nachdem Rechtsanwalt Berger (Breslau) sich gegen die Zulassung dieses nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrages zur Diskussion ausgesprochen, erhoben sich für die Zulässigkeit nur 6 Aktionäre mit 326 Stimmen, so daß damit die Zulässigkeit ausgeschlossen war.

Es wurde alsdann die Diskussion über den von Direktion und Aufsichtsrath gestellten ersten Antrag eröffnet, welcher lautete: „Die Versammlung möge der vor dem Gesellschaftsvorstande mit der deutschen Reichs- und Kontinental-Eisenbahnbau-Gesellschaft unter dem 23. Januar 1878 abgeschlossenen Generalvergleich genehmigen.“ Gegen diesen Antrag sprachen Landratsamts-Berweser Müller (Schroda), Kaufmann Spiro (Ostrowo), Steuerrath Neukranz (Posen), für denselben Eisenbahndirektor v. Wallenrodt, Dr. Jerusalem (Leipzig), Reichstags-Abgeordneter Dr. Kappp, Rechtsanwalt Döglar (Posen). Bei der Abstimmung erhoben sich nur 5 Aktionäre mit 160 Stimmen gegen den Antrag, so daß derselbe somit angenommen war.

Der zweite von Aufsichtsrath und Direktion gestellte Antrag lautete: „Die Generalversammlung wolle beschließen: 1) zum Zweck der vollständigen baulichen Fertigstellung der Bahn. bei zur Ausführung mehrerer im ersten Baukosten-Anschlage nicht vorgesehenen Anlagen, sowie zur vollständigen Ausrüstung der Bahn wird eine Prioritätsanleihe von 1,200,000 M. aufgenommen, welche mit 5 pCt jährlich verzinst und vom Jahre 1883 ab mit 1½ pCt jährlich amortisiert wird; 2) für den Fall der Aufnahme einer fünfjährigen weiteren Anleihe bleibt derselben und zwar für einen Mehrbetrag von nur 1,800,000 M. das gleiche Rangrecht mit den ad 1) erwähnten 1,200,000 M. für Kapital, Zinsen und Amortisationsquoten vorbehalten. 3) Vorstand und Aufsichtsrath werden ermächtigt, daß zur Aufnahme der Anleihe von 1,200,000 M. und zur Ausgabe der Obligationen erforderliche Allerböchteste Privilegium nachzusuchen, und die näheren Bestimmungen derselben, insbesondere auch den sub 2) erwähnten Vorbehalt für eine weitere Emission von 1,800,000 M., sowie den bez. Statuten-Nachtrag mit Genehmigung der lgl. Staatsregierung festzustellen, und das Erforderliche wegen Begebung der Obligationen seiner Zeit zu veranlassen.“ Auch dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen, da gegen denselben nur 4 Aktionäre mit 115, für denselben dagegen 40 Aktionäre mit 1649 Stimmen ihr Votum abgaben. Hiemit war die Tagesordnung erledigt.

Berlin, 1. März. Nach der vorläufigen Feststellung der Sölle und Verbrauchsteuern, welche die zum Zollgebiete des Reiches gehörigen Staaten für das 1. bis 3. Quartal 1877/78 an die Reichskasse abzuführen haben, beträgt diese Summe für Preußen 123.706.922 M., für Bayern 7.378.165 M., für Sachsen 10.953.234 M., für Württemberg 3.089.236 M., für Baden 3.511.800 M., für Hessen 2.580.173 M., für Mecklenburg-Schwerin 400.816 M., für Mecklenburg-Strelitz 39.490 M., für Sachsen-Weimar 858.359 M., für Sachsen-Weiningen 1.190.778 M., für Sachsen-Altenburg 375.342 M., für Sachsen-Koburg-Gotha 556.912 M., für Schwarzburg-Sondershausen 196.540 M., für Schwarzburg-Rudolstadt 225.668 M., für Reuß L. 38.282 M., für Reuß j. L. 345.716 M., für Oldenburg 368.943 M., für Braunschweig 6.312.403 M., für Anhalt 6.652.303 M., für Elsass-Lothringen 5.626.902 M., für Lippe 615.134 M., für Bremen 878.399 M., für Hamburg 2.516.539 M., zusammen 179.313.139 M. Davon entfallen auf Sölle 69.889.717 M., auf Rübenzuckersteuer 46.924.532 M., auf Salzsteuer 23.840.921 M., auf Tabaksteuer 442.882 M., auf Branntweinsteuer 27.656.761 M. und auf Brautsteuer 10.551.393 M. — Nach der vom Reichseisenbahnamt aufgestellten Nachweisung über die im Jahre 1877 auf den Eisenbahnen Deutsches Landes mit Ausnahme Bayerns beförderten Züge und deren Verspätungen betrug am Ende des Jahres die Gesamtlänge von 57 größeren Eisenbahnen 25.924.75 Kilom.; 858.95 R. wurden im Laufe des Jahres dem Verkehr übergeben. An fahrplanmäßigen Zügen wurden befördert 142.892 Kurier- und Schnellzüge, 927.528 Personenzüge, 424.863 gemischte Züge, sowie 804.762 Güterzüge, außerhalb des regelmäßigen Fahrplans 21.995 Kurier-, Personen- und gemischte Züge, sowie 371.135 Güter- und Arbeiterzüge. Im Ganzen sind zurückgelegt 7.058.515.532 Achstilometer. Von den fahrplanmäßigen Zügen verpassten sich 12.255. Die Gesamtdauer der Verspätungen betrug 223.656 Minuten oder 155 Tage 7 Stunden 36 Minuten. In Folge dieser Verspätungen wurden 1605 Anschlüsse versäumt.

Wöchentlicher Produkten- und Börsenbericht

von Hermann Meier

Posen, 2. März. Die Witterung behielt auch in dieser Woche ihren milden Charakter. Im Getreidegeschäft war es still, doch blieb die Tendenz fest, weil die politischen Verhältnisse sich wieder düsterer gestaltet haben. An unserem Markt war die Zufluhr klein.

gestaltet haben. An unserem Markt war die Befuhr klein.
Weizen erzielte vorwöchentliche Preise, seine Waare eher etwas darüber, welche von hiesigen Konsumenten und zum Versand gekauft wurde. Man zahlte 175-205 M. per 1000 Kl.

Rogggen hatte ziemlichen Absatz nach Sachsen, daher war keine Ware recht beliebt, geringere Sorten vernachlässigt. Man zahlte 130—140 M. per 1000 Kl.

Erste, in seiner Brennerei- und Brauerei-Ware schlank verkauflich, hatte nur geringen Umsatz. Bezahlte wurde 135—158 M.

Häfer erstellte in seiner Ware bis 150 Mark, geringe, schwer platzbar, wurde mit 123—138 Mark bez.

Spirituos erfuhr eine kleine Preiserhöhung, welche hervorgerufen wurde durch die bis Ende Februar, wegen der nach Mitteldeutschland eingetretenen Tariferhöhung, beschleunigten Verladungen. Eine Abhängigkeit dürfte im März zu vermuten sein, da der Absatz auf einige Zeit in Folge der Versorgung der Konkurrenten in Mitteldeutschland stocken dürfte. — An unserer Börse war die Stimmung in Folge Verkäufe für Breslauer Rechnung matt, obwohl Preise der Berliner Steigerung folgten. Die Spekulation ist zurückhaltender geworden, da die wachsenden Lagerbestände — Berlin ca. 4%, Breslau 4%, Stettin 2, Posen 1, Leipzig 2 und ca. 7 Millionen Wasserabslieferungen — auf einen schwachen Konsum schließen lassen. Der milde Winter trägt allerdings in bedeutendem Maße zur Verringerung des Konsums bei. Man zahlte für März 49,70—50,40, April—Mai 50,60—51,40, August 53—53,80.

Vermischtes.

* Der Hofkapellmeister C. Eckert in Berlin ist anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten bei Hofe, zu denen er einen brillanten Faßeltanz komponirt hat, vom Herzog von Sachsen-Meiningen mit dem Ritterkreuz erster Classe seines Haussordens und in gleicher Weise vom Großherzog von Oldenburg dekorirt worden. — Der Faßeltanz ist glänzend ausgestattet in der Hof-Musikalienhandlung von E. Böck erschienen.

* Danzig, 1. März. Wie aus Thorn gemeldet wird, ist der Wasserrat an der Weichsel seit gestern daselbst von 11 Fuß 8 Zoll auf 12 Fuß 2 Zoll gestiegen; bei Notheide betrug er gestern Abends 3,30 Meter. In der unteren Nogat stieg das Wasser gestern ebenso noch langsam; bei Terranova soll es heimlich schon die Dammkrone erreicht haben; die Deiche haben aber bisher gut widerstanden. Die Ausflüsse der Nogat waren gestern noch sämtlich mit Eis verstopft; die Eiswachen mussten wieder auflieben.

* Rechte Oderseebahn. In einem Kriminalprozesse gegen einen Assistenten auf dem Breslauer Oderseebahnhofe und vier Kohlenhändler wurde konstatiert, daß von den zum Betriebe gelieferten Steinkohlen seit einer Reihe von Jahren erhebliche Mengen, in den letzten zwei Jahren allein 15—20,000 Zentner, von Bahnbeamten unterschlagen und an Kohlenhändler waggonweise verkauft sind. Der Hauptbeschuldigte hat sich erwiesen, die übrigen sind zu Gefängnis und Buchthausstrafen von 2 Monaten bis 2 Jahren verurtheilt.

* Wien, 23. Februar. [Graf Moritz Sandor,] der kühnste Reiter dieses Jahrhunderts, von dessen Verwegenheit viele Anekdoten kursiren, ist gestern Vormittag an Gehirnverweichung gestorben. Er war lange Jahre hindurch eine der populärsten Figuren Wiens. Er wiederholte die kühnsten Wagstücke der stärksten Männer der Renaissance, eines Leonardo, Cäsar Borgia, Leon Battista Alberti, setzte mit seinem berühmten Springpferde Tartar über einen mit drei Pferden bespannten Bauernwagen, ritt ein anderes Mal zwei Treppen hoch zu Besuch, übersetzte zu Pferde bei Pest den Gischof während des Ganges usw. Das sogenannte Sandor-Album, bestehend aus Bildern des mit dem Grafen eng befreundeten Thiermalers J. G. Prestel, hat alle diese hippologischen Thaten vereinigt. Wie oft der Graf Arm und Bein gebrochen, läßt sich nicht feststellen. Thatache aber ist, daß manche seiner Reiter-Aventuren nicht ganz glatt abließen. Der Graf trieb aber den Pferdeport nicht bloß als Liebhaber, er war ein gründlicher Kenner, und er hat die österreichische Pferdebrudt in anerkanntester Weise gefördert. Graf Sandor vermählte sich im Jahre 1853 in seinem dreißigsten Lebensjahr mit der Tochter des Fürsten Metternich Leontine, aus seiner Ehe mit Leonore Fürstin Fanni. Die gegenwärtige Fürstin Pauline Metternich ist die einzige Tochter und Erbin des Grafen Sandor.

Verbotenes Lotteriespiel.

Unter der Firma "A. Sostmann, Staatspfeifen-Handlung" in Braunschweig hat in neuerer Zeit aus letztem Orte eine noch unermittelte Person an Preußische Staatsangehörige verschiedene Lose auswärtiger Lotterien versandt und sich dadurch strafbar gemacht.

Ich mache hierdurch bekannt, daß die obengenannte Firma nach polizeilicher Bekanntmachung in Braunschweig überhaupt nicht existiert, warne vor dem Ankauf von Losen von derselben und ersuche einen jeden, welchen Losen, oder Öfferten unter der angegebenen Firma zugegangen sind, dieselben mir gefällig zu wenden, da das strafrechtliche Einschreiten gegen die unter falschem Namen agierende Person im allgemeinen Interesse liegt.

Pfaffen.

Der Staats-Anwalt.

Bekanntmachung.

Die unter Nr. 88 unseres Firmen-

Registers eingetragene Firma:

D. Mentz

in Schulz ist aufzufolge Verfügung vom 26. Februar am 27. Februar 1878 geöffnet worden.

Bromberg, den 26. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die nothwendige Subhaftation der Grundstücke Passer Nr. 29 und Wyr Nr. 3 ist aufgehoben.

Posen, den 19. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht,

Erste Abtheilung.

Der Subhaftationsrichter.

Kehl.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter

Nr. 757 die Firma:

Franz Pätzolt's Nachfolger

mit dem Sitz in Bromberg als Zweig.

* Warschau, 25. Februar. Sonntag, den 8. Januar, hatten sich in der Kirche des Fleckens Blon im Gouvernement Warschau 11 Ehepaare veramtelt, welche alle an diesem Tage ihre goldenen Hochzeit feierten. Der Priester hielt in dieser Veranlassung einen feierlichen Dankgottesdienst ab und segnete darauf die einzelnen Paare in üblicher Weise ein. Diesem Gottesdienst wohnten allein 140 Einfamilien und Eurenkel, Entlein und Eurenkelinnen der Jubelpaare bei. Wie der Kurier Warschawski, dem wir diese Weihefeier entnehmen, hinzufügt, stammen alle Jubelpaare aus dem Flecken Blon und haben dort auch stets gewohnt.

* Amsterdam. [Adam und Eva auf der Bühne.] Über das Kostüm, in welchem Adam und Eva in den vormaligen häufigen geistlichen Dramen und Mysterienspielen auf unseren mittelalterlichen Bühnen austraten, ist viel hin und hergestritten worden. Sogar die Ansicht, daß bei der strengen Konsequenz und dem derben Realismus unserer Voreltern jene ersten Menschen in natura auf den Breitern erschienen seien, fand ihre Anhänger. Andere hingegen meinten, daß die Darsteller von Adam und Eva mittels einer eigenen Theater-Vorrichtung beinahe bis an die Schultern durch Draperien oder sonstwie den Blicken der Zuschauer entzogen gewesen seien. Erst später hätten sie sich, in ein Gewand aus Blättern gehüllt, in ganzer Gestalt auf der Bühne gezeigt. Tricots waren zu jener Zeit eben noch nicht bekannt. Wohl aber — so belehrt uns Dr. Löffelt im letzten Heft der niederländischen Theater-Zeitschrift "Die Bühne" — verwendete man einen andern Stoff, der so ziemlich denselben Zweck erfüllte, und zwar Leder oder fleischfarbige Leinwand. In dieser Hinsicht ist eine Notiz interessant, welcher man in einem der jüngsten Werke des unermüdlichen gelehrten Shakspere-Forschers Halliwell begegnet, wo er über die Theateraufführungen Englands im Mittelalter spricht und unter Anderm aus dem Inventar einer solchen Bühne unter der Rubrik: "Heidnische Kostüme" folgende Sätze anführt: Tho cotes and a payre hosen for Eva stayned" und "a cote and hosen for Adam stayned". Das Wort "stayned" oder "steyned" bedeutet so viel wie "gefärbt". "Wir dürfen" — meint der Verfasser — "mit Bestimmtheit annehmen", daß zur Darstellung nackter Menschen fleischfarbene, für Witwe schwarze Kleider in Verwendung kamen. Unseren Vorfahren aber hätten wir ein schweres Unrecht abzubitten; ihr Sittlichkeitsgesetz steht glänzend gerechtfertigt da."

* New York. [Eine Diamantennähnung.] Auf einem am 7. Februar von dem deutschen Verein "Liederfranz" veranstalteten Maskenballe erregte eine Dame durch ihren Diamantschmuck allgemeine Sensation. Sie trug einen ganzen Tailleur-Gürtel mit Brillanten besetzt, vier ebensolche Armbänder (zwei über der Hand und zwei nahe den Schultern) und eine ebensolche Brosche. Die Schöne war die auf der Reise nach Europa begriffene Gemahlin des Herrn Bell aus San Francisco, Bizepräsidenten der dortigen "Bank of California". Das Einkommen dieses Herrn soll 2,000,000 Dollar per Jahr betragen. Die Diamanten, die seine Frau trug, werden von Juwelieren auf 20,000 Dollar geschätzt. Und sie hat mehr solcher Garnituren bei einem New Yorker Juwelier aufbewahrt. Frau Bell ist eine schmächtige, blaßirt dreinschauende Blondine. Ihr Gesicht spricht etwa: "Was kostet New York? Sie sah, obwohl im Masken-Costüm, stundenlang unbeweglich in einer Loge und promenirte später im Saal an der Hand ihres französischen Garderobiers.

* In Eisenach wird ein neues Theater gebaut, welches der reichste Bürger von Eisenach, Hr. v. Eichel Straiber, aus eigenen Mitteln als Monumentalbau, ganz massiv aus Stein und Eisen errichten läßt, um es nach seiner Vollendung der Stadt als Geschenk zu überweisen. Die Einrichtung des Bühnenraums, sämtlicher Maschinerien, Beleuchtungs- und Heizungsapparat wurde dem stützgarter Hoftheatermechanisten Lautenschläger, trotz der Konkurrenz seines alten Lehrers Brand in Darmstadt, übertragen, und Ersterer wird den Bau nach seinem neuen System herstellen. Vor einigen Jahren ließ derselbe Wohlthäter ein Schulhaus und eine Kaserne in großem Styl bauen, die er gleichfalls der Stadt schenkte, in coulantefer Weise, auf franco Verlangen, nach allen Welttheilen gratis und franco versandt wird.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Der Prozeßgang nach der Zivilprozeßordnung

vom 30. Januar 1877, an einem Rechtsfalle dargestellt von Hermann Meyer, Obergerichtsrath in Celle. Berlin, Franz Bahnen. (Preis M. 1,20.)

Diese kleine Schrift (zum Theil in "Gruchot's Beiträge" 1878 abgedruckt) gibt, unter Zugrundelegung eines singulären Rechtsfalles, ein anschauliches Bild von dem Geschäftsgange nach der neuen Zivilprozeßordnung. Eine ähnliche Arbeit von Leonhardt (Magazin für Hannover. Recht II) hat früher in der Provinz Hannover den Praktikern den Übergang in das Verfahren nach der Hannover. Bürgerlichen Prozeßordnung sehr erleichtert und es ist anzunehmen, daß auch die vorliegende Schrift dazu beitragen wird, die Orientierung in der neuen Prozeßordnung und das Verständniß derselben zu fördern.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 2. März. Der Reichstag genehmigte in zweiter Lesung unverändert den Rest der Etats für das Reichskanzleramt und den Bundesrat und nahm in dritter Lesung den Auslieferungsvertrag mit Brasilien an, begann sodann die erste Lesung der Gesetzentwürfe über die Revision der Gewerbeordnung und über die Gewerbegefechte die schließlich auf Montag verlegt wurde. Im Laufe der Debatte betonte der Reichskanzleramts-Präsident Hofmann, etwaige Abänderungsvorschläge würden möglichste Berücksichtigung finden. Die Regierungen wünschten lebhaft das Zustandekommen der Gesetze in dieser Session; derselbe erklärte ferner, der Entwurf über die Beschränkung der Schankkonzessionen sei von der preußischen Regierung bereits ausgearbeitet und werde demnächst an den Bundesrat und Reichstag gelangen. Besonders der Wanderlager und Waarenauktionen seien Erörterungen eingeleitet, jedoch noch zu keinem Resultat geführt.

London, 2. März. Das Bureau Reuter meldet: Sämtliche beurlaubte Offiziere erhielten gestern Weisung, zur Rückkehr zu den Truppenheilen sich bereitzuhalten. Der Befehl zur Rückkehr würde ihnen telegraphisch zugehen.

Madrid, 2. März. Ein im Kongreß verlesenes Telegramm des Generals Martinez Campos bestätigt die Unterwerfung fast aller Insurgenten auf Kuba mit dem Zentralkomitee. Der Kongreß beschloß darauf, den König, die Regierung, die Generäle der Armee auf Kuba zu beglückwünschen. Sämtliche Mitglieder des Kongresses und die Minister begaben sich in das Palais, um den König zu beglücken.

Ginge sandt. Die Krankheiten des Haars und der Kopfhaut, sowie die rationelle Pflege des gesunden und kranken Haares sind bisher noch nie in so sachverständiger, eingehend klarer Weise behandelt worden, als in dem Original-Meisterwerk "Der Haarschwund", verfaßt und herausgegeben in deutscher und französischer Sprache von Herrn Edmund Bühligen in Leipzig, Lessing-Straße 15c, welcher seit vielen Jahren als Autorität in diesen Spezialfächern gilt. Das Werk selbst ist mit großer Fachkenntniß so hochinteressant und belehrend geschrieben, daß wir nur jedem Menschen, welcher ein derartiges Leiden besitzt, oder zu besiegen glaubt, anrathen können, sich dasselbe vom Verfasser kommen zu lassen, zumal das Werk, in coulantefer Weise, auf franco Verlangen, nach allen Welttheilen gratis und franco versandt wird.

Weine Uhren-Reparaturen-Werkstatt und Uhren-Handlung empfohlen unter Garantie, Preise billigt, B. Dawczynski, Uhrmacher, — 10. Wilhelmsplatz 10. Lager von Goldwaaren und Uhrketten.

Güterkäufer!

Zahlreiche Anmeldungen zahlungsfähiger Güterkäufer veranlassen mich zu der Bitte, um gefällige Zuwendung von Verkaufsaufträgen und Anträgen.

Bernhardt Asch, Posthalterei.

Dom. Orzhowo per Treffen hat

13 Stück leinsette

Ochsen zum sofortigen Verkauf.

Frische grüne Rapsküchen offer. bill. zw. Berwin Söhne, Büttelstr. 12.

15 Schok hochstämmige Pfauen- und 3 Schok Sauerkirsch-Bäume, vorzüglich zu Allee-Anlagen sofort Domin. Pernuschen, Kreis Wohlau.

Borrel Zabikowo Nr. 14 p. Posen hat 600 Centner Rothe gesunde Kartoffeln zu verkaufen.

Extra starke Ahorn- und Eichen-Bäume a 100 Stück 40 bis 60 Mark. Obstbäume a 100 Stück 60 bis 100 Mark. Weißdornpflanzen 3 bis 4jährig a 1000 Stück 12 bis 15 Mark. Erlenpflanzen, 4jähr., a 1000 Stück 15 bis 18 Mark. Kastanien-, Eichen-, Ahorn-, Almosen- und Eichenpflanzen a 1000 Stück 10 bis 15 Mark, 3jähr. Riesenpflanzen a 100 Stück 1.50. Sterzgebölze und Blumenstände billig sowie sämtliche Blumen, Gemüse- und Feldsämereien empfohlen.

Eine sehr günst. Kaufgeschäft zu welchem nicht mehr wie 5000 Thlr. erforderlich, ist ein Abfuhrinstitut in einer größ. Stadt Oberl. verbunden mit Compostfabrik und Victranz aller Art, mit fester und sicherer Einnahme, wegen schwerer Krankheit des Besitzers zu verkaufen. Näheres beim Buchhalter Beck, Posen, Mühlstr. 34, 2. Et.

Mein Grundstück, dicht an Posen gel., mit e. Wassergrube, ca. 16 Morgen Obst-, Gemüsegärte, Wiesen und drei Häuser, Stallungen usw. muß ich Altersschwäche wegen verkaufen, ist billig und mit ger. Anzahlung zu haben. Eigentlich ganz vorz. zu einer Stärkefabrik.

Buisse, am Mühlthor.

A. Krzyzanowski, Kunst- und Handels-Gärtner.

Pr. Loose kauft u. 1/2, 6. 3. ver. Basch, Berlin Molkenstr. 14.

Kohlen-Submission.

Wir beabsichtigen die Lieferung von ca. 13,000 Cr. Kesselheizkohle (Würfel- resp. Riegel-) bester Qualität franco Wasserwert Posen im Wege der Submission zu vergeben. Die Bedingungen sind im Bureau der Wasserwerke einzusehen; Aufträge erhalten auf Verlangen Abschrift derselben. Die Submissionen sind bis zum 20. März v. Vormittags 10 Uhr versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei uns einzureichen.

Die Direktion der Wasserwerke behält sich die Wahl unter den Submissionsen vor.

Posen, den 2. März 1878.

Die Direction der Wasserwerke.

Um immer wieder vor kommenden Errungen vorzubereiten, machen wir hiermit öffentlich bekannt:

Die evangelische Petri-Gemeinde ist eine Personalgemeinde, d. h. sie umfaßt nicht wie die beiden anderen evangel. Gemeinden unserer Stadt ein abgegrenztes Straßengebiet, sondern hat das Recht, Mitglieder in der ganzen Stadt zu haben. Jeder in Posen anziehende Evangelische hat das Recht, sich durch eine vor einem der beiden Geistlichen abgegebene Erklärung der evangelischen Petri-Gemeinde anzuschließen. Wer sich einmal der evangelischen Petri-Gemeinde angeschlossen hat, bleibt Mitglied derselben, ganz gleich, in welchen Stadtteil er im Laufe der Zeit seinen Wohnsitz verlegt. Selbstverständlich ist kein Mitglied unserer Gemeinde zur Steuerzahlung bei einer der anderen Gemeinden verpflichtet.

Posen, den 13. Januar 1878.

Der Gemeinde-Kirchenrat der evangelischen Petri-Gemeinde.

18. Dezember 1878 vor dem Herrn Appellations-Gerichts-Richter Siese an hiesiger Gerichtsstelle zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigfalls dieser Nachlaß den sich meldenden und legitimirenden Erben, in Erangelung dessen aber dem Fiskus verabfolgt, und der sich später meldende Erbe alle Verfugungen des Erbhabters anzuerkennen schuldig, weder Rechnungslegung noch Ertrag der Nutzungen, sondern nur Herausgabe des noch vorhandenen würde fordern dürfen.

Breslau, den 19. Februar 1878.

<p

Schlussberechnung.

Nach Veröffentlichung des dritten Gabenverzeichnisses in Nr. 106 der Posener und Nr. 76 der Ostdeutschen Zeitung sind für die Hindernisse des am Christihelgabend verunglückten Telegraphisten Sasse schließlich bei mir eingegangen: Von der Expedition der Magdeburger Zeitung 2. Sendung, 279 10 M. Durch Georg Herwig, gesammelt in Frankfurt a. M., 3. Sendung, 31,95 M. Von Rehn in Kassel 6 M. S. M. G. in Posen 1,50 M. W. in Posen 1,50 M. N. R. in Breslau 1 M. überhaupt 330,05 M., hierin enthalten die drei früheren Verzeichnisse 309,90 M. Gesamtertrag 34,5,95 M. Davon ab die Auslagen für Porto und Bestellung 11 M. Bleibt für die Familie Sasse ein Nettoertrag von 314,95 M.

Aus diesem sind für jedes der drei Kinder unter Beziehung des Vermundes in einer Sparkasse festgelegt 850 M. mithin 2550 M. und der Witwe ausgebündigt, theils in einstragenden Papieren, theils baar 86,95 M. Wie oben 314,95 M.

Den verehrlichen Zeitungs-Expeditionen hier, in Berlin, in Frankfurt a. M. und in Magdeburg, den freundlichen Sammlern in Ostrowo, Doborn, Frankfurt a. M. und in Naumburg a. d. S., deren Mitwirkung zu dem erfreulichen Erfolg so wesentlich beigetragen hat, so wie endlich allen edlen Gebern spreche ich wiederholt im Namen der Empfänger meinen ehrbietigen innigen Dank aus.

Posen, den 1. März 1878.

Bauer.

Provinzial-Altien-Bank des Großherzogthums Posen.

Zu der Montag, den 11. März d. J. Vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftskloster, Friedrichstraße 8, stattfindenden ordentlichen General-Verfammlung werden die Aktionäre unter Bezugnahme auf § 30 des Statuts vom 20. Dezember 1875 hierdurch ergeben eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht für das vergangene Jahr;
2. Erstwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des Aufsichtsrathes;
3. Ausantwortung der von dem verstorbenen vollziehenden Direktor H. H. bestellten Kautioan an dessen Erben;
4. Wahl von drei Kommissionen zur Prüfung der Bilanz und Vergleichung mit den Büchern und Skripturen der Bank, um rechtssichernd — der Direction Decharge zu ertheilen.

Die Einschriften und Stimmarten können von den nach § 31 des Statuts berechtigten Aktionären am 8. und 9. März d. J. in den Geschäftsstunden von 10 bis 1 Uhr im Bankkloster in Empfang genommen werden.

Posen, den 12. Februar 1878.

Die Direktion.

Ziegler.

Die Herren Mitglieder der Norddeutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft seze ich ergebenst in Kenntnis, daß die Vorprämie für die Kreise Gnesen, Inowrazlaw, Mogilno und Wongrowitz auf 7/10 % für Halm- und Hülsenfrüchte und 1 % für Delfrüchte ermäßigt worden ist.

Lachmiowitz, im März 1878.
Der Bezirks-Direktor.
Hirsch.

Versammlung

des landwirthschaftlichen Vereins, Kreises Posen, am 8. März d. J. Nachm. 3 1/2 Uhr, in Scharffenbergs Hotel

Tagesordnung:

1. Schatzjoll-Deputation des landwirthschaftl. Vereins Zwaetzen-Jena von Prof. Herrn Oehmichen.
2. Ueber Dampf-Mühlarbeiten, Hr. Ober-Reg.-Rath, Frhr. v. Massenbach.
3. Ueber Wiesen-Verbesserungen, Hr. v. Treskow-Wieraja.

Der Vorstand

gez. Hoffmeier.

Am 13. d. Mts. findet in Czerniejewo-Schwarzenau eine Holz-Auktion statt, es werden verkauft:
150 Raummeter trockenes Erlen-Klobenholz
150 " Birken
100 " Eichen
500 " Stubenholz, Kiefern und Eichen.
150 Strauchhausen.
150 Stück langes und grades Eichen-Schichtholz.
50 " Birken.
100 " langes und starkes Kiefern-Bauholz.
12 Schot birke Stangen.

Die Forstverwaltung.

Concordia,

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital der Gesellschaft 30,000,000 Mark.

Die Concordia übernimmt Lebens-Versicherungen gegen feste und sehr mäßige Prämien.

Geschäfts-Resultate pro ultimo Oktober 1877:

Versicherte Kapitalien 133,102,509 M.
Gesamtsumme der Gesellschaft ultimo 1876 65,724,928

Ausbezahlte Versicherungs-Kapitalien seit

Gründung des Geschäfts 18,695,118

Prospekte und Antrags-Formulare und jede gewünschte Auskunft ertheilt bereitwillig und unentgeltlich:

Die Haupt-Agentur:

S. A. Krueger,

Posen, Friedrichstraße Nr. 27.

Das Neueste in Schuhwerk!

welches in meiner Werkstatt zur Winterzeit angefertigt wird, übertrifft bis jetzt sämtliche Pelz- und wärmegefüllten Stiefeln, deshalb empfehle ich jedem und namentlich Fußleidenden auf Hühneraugen, Krokoheulen, Rheumatismus und dergl. Bestellungen auf Jagd-, Wirtschafts- und Salon-Schuhwerk werden in kürzester Zeit zu soliden Preisen ausgeführt.

J. Skoraczowski, Schuhmachermeister.
Werkstatt und Lager Alter Markt 55, 1. Etage.

Preußische Original-Loose
1. Klasse 158 Preuß. Lotterie: 1/84, 1/42 Mark (Preis für alle 4 Klassen 150, 1/75 Mark) versendet gegen vorherige Baareinsendung des Betrages Carl Hahn, Berlin S. Kommandantenstraße 30.

J. Lindner's

Baum- und Gehölz-Schulen,

in Birsau bei Freiburg in Schles., offeriert franco Kreisburg zur Frühjahrs-pflanzung ca. 30,000 Stück starke, gesuchte, Sträucher, Allee- und Promenadenbäume, bestehend in: Ahorn, Eichen, Eschen, Linden, Kastanien, Nüsten und Kugelakazien von 2 1/2—4 Meter Höhe und 2—5 Em. mittleren Stammdurchmesser.

Circa 15,000 Stück Obstbäume, bestehend in: Apfel-, Birnen-, Kirschen-, Pfirsichen- und Nussbäumen, hochstämmige, sowie in Zwerg-, Spaliere-, Pyramiden- und Gordon Formen.

Gehölze zu Garten- und Parkanlagen, resp. Weiden, wurzelreiche u. hochstämmige Rosen, Heckensträucher, als: Crataegus, Weiß- und Hainbuchen, Alnien, Ligustrum u. jedes Quantum.

Auch bemerke, daß ich mit einem tüchtigen praktischen Land-

schaftsgärtner in Verbindung stebe, durch welchen große und kleine Park- und Garten-Anlagen, sowie auch Pläne und Kostenan-

schläge gut und billig ausgeführt werden.

Meine bedeutenden Bestände gestalten mir, auch jeden größeren Auftrag bestens auszuführen und erlaube mir zur Besichtigung der selben, zu einem Besuch meiner Baumhöfe einzuladen.

Kataloge auf Verlangen franco.



Montag, d. 4. d. Mts.

bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelder Regenbrücher

Rübe nebst Rübeln

in Reiters Hotel zum Verkauf.

J. Blakow, Viehlieferant.

L. Lucht's Universal-Torspreßmaschine

hatte bei den großen Concurrenzarbeiten von Torsmaschinen in Gifhorn (Hannover) im Mai 1877 den Sieg über sämtliche dort anwesenden Torsmaschinen.

Erfertigt wird dieselbe in 4 verschiedenen Größen in der Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei von

L. Lucht in Colberg.

S a a m e n

empfiehlt in bester, frischer Qualität zu billigsten Preisen.

Verzeichnisse — 25ter Jahrgang — stehen gratis zu Diensten.

Posen, Friedrichstr. 27, Saamenhandlung von Heinrich Mayer.

gegenüber der Provinzial-Bank.

Die Wollwascherei

Carl Heino in Rothenburg a. Oder,

Knotenpunkt der Märkisch-Posen und Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn, übernimmt auch dieses Jahr unter bekannten Bedingungen jedes Quantum Wolle zu fabrikmäßigen Wäsche, vermittelt den Verkauf der gewaschenen Wolle gegen Baar, sowie auf Wunsch deren Bekleidung. — Säcke zur Schmutzwolle stehen gratis zur Verfügung und jede weitere Auskunft wird bereitwillig ertheilt.

Braunkohlen

vorzüglicher Güte, besonders zur Dampfkesselfeuerung, für Ziegeleien u. Bergwerke, liefere ich aus meinem heutigen Bergwerke in Kahnladungen zu billigem Preis.

Oscar Mittelstaedt,

Marianowo bei Birke a. d. Warthe.

Für nur 10 M.

folgende 8 Gegenstände:

1 feuervergoldete, gut gehende Taschenuhr sammt seinem Sammt-Etui mit Schlüssel, Uhrschlüssel, eine massive double d'or Uhrkette um den Hals zu tragen oder kurze Kette, ein sehr schönes Album, Medaillon, feinst vergoldet und geschnitten, mit vier verschiedenen Photographien, ein prachtvolles Perlmutt-Federmeß mit sechs verschiedenen Klingen, eine Wiener Meerschaumpfeife mit Chinalilberbeschlag sammt Badener Weitschrohr, ein massiver Neugoldsiegelring mit jedelbeligen Namen gravirt und eine Garnitur Chemisetten- und Manchettenknöpfe, echt feueremailliert. Die ganze Gruppe besteht aus 8 Gegenständen und kostet nur 10 Mark u. ist gegen Einführung des Betrages o. auch Nachnahme zu beziehen durch

Müllers Import-Geschäft Wien II Weintaubengasse 12.

Neue Sendung

eines Gelegenheitskaufes

zu den anerkannt billigen Preisen.

Großes Assortiment Albums in allen Größen, ferner Staffeleien, Rahmen, Porte-Bistüte in Sammt und Leder.

Neueste Pariser Bijouterien u. Luxusartikel, Fantasie-Mebel u. c. in der größten Auswahl.

Ball- u. Promenaden-Fächer in allen möglichen Mustern, zu den billigsten Preisen.

Japan- u. Chinawaren in reicher Auswahl, sowie auch Holzschnitten, Marmos u. Alabasterwaren u. c.

Fortwährendes Eintreffen von Neuheiten.

Eduard Tovar,

Paris. Posen. Leipzig.

Berliner- u. Bismarckstr. Ecke

Eine Landwirthschaft!

Sehr günstige Lage, hart an der Haussa gelegen, 1/2 Meile von der Stadt Koszalin, ca. 95 Mrg. großer Boden, ist mit vollständigem Inventar wegen Altersschwäche des Besitzers sofort zu verkaufen und zu übernehmen. Anzahlung nach Übereinkunft.

Kaufinteresse können sich melden bei

E. Matulko

in Koszalin.

Einige Gespanne gute starke Arbeitspferde

kaufen

C. Francke, Baumeister, Halbdorfstr. 22.

Kapitalien auf Güter (Hinter-Landschaft) u. hiesige Grundstücke, wie Mündelgelder zu 5 p.C.

A. Wittkowski, Große Gerberstraße 17.

7 Schock Rüststangen werden am 9. März c. um 10 Uhr Vormittags in der Glashütner Forst im Wege der Auktion meistbietend verkauft.

Babt, den 28. Februar 1878.

Die Forstverwaltung.

3 bis 4 zöllige Arbeitswagen

kaufen

C. Francke, Baumeister, Halbdorfstr. 22.

Kapitalien auf Güter (Hinter-Landschaft) u. hiesige Grundstücke, wie Mündelgelder zu 5 p.C.

A. Wittkowski, Große Gerberstraße 17.

7 Schock Rüststangen werden am 9. März c. um 10 Uhr Vormittags in der Glashütner Forst im Wege der Auktion meistbietend verkauft.

Babt, den 28. Februar 1878.

Die Forstverwaltung.

3 bis 4 zöllige Arbeitswagen

kaufen

C. Francke, Baumeister, Halbdorfstr. 22.

Kapitalien auf Güter (Hinter-Landschaft) u. hiesige Grundstücke, wie Mündelgelder zu 5 p.C.

A. Wittkowski, Große Gerberstraße 17.

7 Schock Rüststangen werden am 9. März c. um 10 Uhr Vormittags in der Glashütner Forst im Wege der Auktion meistbietend verkauft.

Babt, den 28. Februar 1878.

Die Forstverwaltung.

3 bis 4 zöllige Arbeitswagen

kaufen

C. Francke, Baumeister, Halbdorfstr. 22.

Kapitalien auf Güter (Hinter-Landschaft) u. hiesige Grundstücke, wie Mündelgelder zu 5 p.C.

A. Wittkowski, Große Gerberstraße 17.

7 Schock Rüststangen werden am 9. März c. um 10 Uhr Vormittags in der Glashütner Forst im Wege der Auktion meistbietend verkauft.

</

Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Concessionirt 1855.

Altien-Capital	M. 6,000,000
Reservefonds v. 1. Dezember 1876	6,883,700
Capital-Versicherungen	57,917,600
Prämien u. Zinseinnahme jährlich über	2,000,000
Bisher gezahlte Versicherungssumme	7,227,000

Die Gesellschaft übernimmt
Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungen
zu billigen und festen Prämien; ersten mit und ohne Gewinnablage (Dividende). Nachzahlungen der Versicherten finden nicht statt. Die Beleihungs- und Rücklaufsfähigkeit der Polices tritt schon nach fünfjähriger Versicherungsdauer ein. Mit wenigstens 1500 M. versicherte Beante können Dienstlauten bis zu der Versicherungssumme erhalten.

Verbindlichkeiten der Gesellschaft werden anerkanntermaßen stets konkant und prompt erfüllt.

Zur Erteilung jeder weiteren Auskunft und zur Aufnahme von Versicherungs-Anträgen sind sämtliche Haupt- und Bezirks-Agenten, sowie der ergebnst Unterzeichnete bereit.

Oskar Hirsekorn,
General-Agent.

Carl Stangen'sche Gesellschaftsreisen

München
Verona
Mailand
Genoa
Pisa
Rom

Napoli
Florenz
Bologna
Venedig
Triest
Wien

nach ITALIEN!

1) am 1. April c. Dauer 40 Tage. Preis 1050 Mark.
2) am 11. April c. Dauer 30 Tage. Preis 900 Mark.
Theiltours zulässig. Programme gratis nur in
Carl Stangen's Reisebüro, Berlin W., Marlgrafenstraße 43.

s. t.
Unsere General-Berretung für die Provinz Posen
für den Vertrieb unserer patentirten
Funkensöch-Apparate für Lokomotiven,
Automobile etc. patentirter Stahlräder-
Wagen und Büschen, sowie landwirth-
schaftlicher Maschinen jeder Art
haben wir Herrn S. Landeck jr. übertragen, und bitten geneigte
Aufträge, sowie Zahlungen für uns an ihn gelangen zu lassen.

Berlin, den 27. Februar 1873.

Hochachtungsvoll
Petzold & Co.

Unter höflicher Bezugnahme auf obige Mitteilung empfehle ich mich den Herren Grundbesitzern der Provinz Posen zur Erledigung ihrer geschäftigen Aufträge für die Herren Petzold & Co. in Berlin angelegentlich.

Briefe werden bis auf Weiteres unter meinem Adressen nach Wongrowie erbeten.



Mit ausgezeichnetster Hochachtung
S. Landeck jr.

Wegen Verlegung des Geschäftslakos Posen, Theaterstraße Nr. 7, nahe am Neustädtschen Markt. Empfiehlt sein vollständiges

Sarg-Magazin,
in Metall-, eichen- und verschiedenen Holz-Arten
zu auffallend billigen Preisen.

Sargbeschläge und Sierbeamüge in den verschiedensten Garnituren zu Fabrikpreisen. Katafals mit Tuchdecke und Beleuchtung stets vorrätig. Auswärtige briefliche Bestellungen werden umgehend reell und prompt ausgeführt.

Theaterstr. 7. A. Stiebert, Theaterstr. 7.

Eine kleine Blumenfabrik, mit eingeführter fester Kunsthaft, ist handelsmäßig unter ihr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Off. sub H. H. bitte an die Annoncen-Exped., Breitestraße 14, zu richten.

Engrosen detail.
Die größte und ältestenbilligste Wagen-Niederlage im ganzen Herzogthum Posen befindet sich bei S. Neumann,

Alte Markt 67.

Stark! Dauerhaft!
Eimer aus Eisenblech gefertigt und darnach verzinkt.

Nie rostend.

Inhalt: 11, 13 Liter, Preis pr. St. 2.00 2.25 M.
mpfiehlt Moritz Brandt, Posen S. J. Auerbach.

Gänzl. Ausverkauf bei bedeut. heraufgezogenen Preisen von Porzellan, Glas, Lampen u. Luxusartikeln bei J. Kuszcelan,

im Bazar in Posen. Ein im guten Zustande befindlicher Geldschrank wird zu kaufen gefügt. Offerten mit Preisangabe sub Chiffre D. 100 der Zeitung erbeten.



Sämtliche Neuheiten der Frühjahrs-Saison in Kleiderstoffen, fertigen Roben, Jupons, Jaquettes, Umhängen und Regenmänteln

sind in den einfachsten und billigsten bis hocheleganten Genres in großer und gediegener Auswahl am Lager.

Robert Schmidt
vorm. Anton Schmidt,
Markt 63.

Broschüren mit vielen Abbildungen gratis.



Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Brustleiden, Kinderhusten das angegebene, mildeste, sicherste und billigste Hustenmittel (verbrauchslosen höchstens 20 Pf. täglich) allein reicht. Preservativs verempfiehlt sendet und auch brieflich die Gummiwaaren-Fabrik von Ed. Schumacher, Berlin W., Friedrichstr. 67.

In 3 bis 4 Tagen werden frische Syphilis, Geschlechts-, Haut- u. Frauenkrankh., ferner Schwäche, Pollutionen u. Weissfluss gründlich und ohne Nachtheil gehoben durch Spezialarzt Dr. med Meyer in Berlin Unter d. Linden 50, 2 Tr. v. 22-1½, 6-7 Nm. Ausw. m. gl. Erfolge briefl. Veraltete u. verzweifelte Fälle ebenso in sehr k. Zeit.

Trunksucht. Magenleiden, Kur nach 30 Jähr. bew. Weiß, auch brieflich. Dr. med. Heymann, Berlin SW., Vorstrasse 3.

Speciaarzt Dr. med. Meyer, Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtskrankh., alle Frauen- und Haustranerkrankeiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Dr. Wunder's gründliche Belehrung für **Geschlechtskrankheiten.**

Anleitung zur sicheren Heilung aller durch Onanie, Anstrengungen veranlaßten Störungen des Nervens und Bewegungssystems beider Geschlechter. Gratis. Franko zu beziehen durch

F. Arndt's Verlagsanstalt, in Leipzig.



Posen: Bei Herrn Apotheker Kirschstein u. Elsner, Hof-Apotheke und Rothe Apotheke.

Gummi- Vorschriftpreparate, à Dp. 2, 3, 4, 5, 6 und 8 Mark.

H. Barkowski, Berlin, O. Münzstr. 16.

Das Institut Phönix versend. z. Zwecke von

Heiraths-Partien

Prospekte für Damer u. Herren und strengst. Discretion Vorl. Adr. S. B. 1800. Berlin, Postamt 37. Zur Antrag. Briefen erbeten.

Für Damen entstehen keine Kosten. Gr. Gerberstr. 19 ist im 2. Stock eine Wohnung bestehend aus drei Piecen, Küche und Nebengel. v. 1. April ab zu vermieten. Näheres Berlinerstraße 1, eine Treppe hoch.

Neuestr. 5 ist eine kl. Wohn. für 165 M. jährl. vor sof. zu verm.

Ein möblirtes Zimmer zu vermieten Kanonenpl. 9, drei Treppen.

Eleg. Garconwohnung, möblirt oder unmöblirt zu vermieten vom 1. April Breslauerstr. 31.

St. Martin 40 ist in der III. Etage eine Wohnung von 4 großen Zimmern nebst Zubehör sofort zu vermieten.

Schloßstr. 2, Geschäftsräume Parterre, 2 gr. schöne Zimmer vorne. Küche 1 Tr. Klein. Wohn. 10-3 Uhr z. verm. Näh. b. Wirth 1 Kr.

St. Martin 3, 4 Zimmer Küche u. Zubehör 1. Etg. v. 1. April z. verm. Bäckerstr. 18, 2-3 Zimmer, Küche und Zubehör v. 1. April zu verm. Näheres St. Martin 56.

Kl. Gerberstr. 5, 4 Zimmer, Küche, Entrée, Wasserleitung und Nebengel. III. Etage links v. 1. April cr. zu vermieten.

Eine Kellerwohnung, 3 Stuben, Eingang von der Straße, Schuhmacherstr. 20 vom 1. April zu verm.

M. Glückmann, Kaliski, Breitestr. 8.

Mühlen- und St. Martinstrasse-Ecke ist die zweite Etage, bestehend aus 4 größeren, 1 Kl. Zimmer, nebst Entrée und Zubehör für den Preis von 325 Thlr. zum 1. April c. zu vermieten. Näheres im Comptoir der Feldschloß-Brauerei.

Paulitrichstr. 3, part. ist sofort eine Wohnung von 5 Zimmern und Zubehör nebst Badezimmer mit oder ohne Stall u. Remise zu verm.

Zum 1. April c. St. Martin 18 berenschaftliche Wohnungen zu vermieten. Näheres das Parterre rechts.

Wasserstraße 25 ist zum 2. April c. ein Laden zu vermieten. Näheres Markt 50.

Graben 17 Wohnung von 3 Stuben 1. Etage v. 1. April c. zu vermieten.

Großer Garten zu verpachten Graben 17.

Eine Garcon-Wohnung, 2 gut möbl. Zimmer, vorne heraus, mit oder ohne Pferdestall p. 1. April zu vermieten Theaterstr. 3.

Friedrichsstraße Nr. 14 sind in der dritten Etage zwei Stuben u. Küche sofort oder vom 1. April c. zu vermieten.

Ostrowo, Bahnhofstr., ist eine

Restauration und Bäckerei zu vermieten. Adress. v. Duszynska, Schneidemühl.

Ein der polnischen Sprache mächtiger Wirtschafts-Beamter

mit guten Zeugnissen, mehrere Jahre beim Fach, sucht jogleich oder per 1. April c. Stellung als 2. Beamter auf einem größeren Gute. Offerten unter Nr. 149 durch Haasenstein & Vogler, Posen, erbeten.

Kaufleute u. Studenten erhalten gute u. billige Pension, Berlin, Kaiserstr. 35 Frau Nölle.

Ein Sohn achtbarer Eltern, ohne

Unterschied der Konfession, mit den nötigen Schulkenntnissen versehen und der polnischen Sprache mächtig, kann sofort als

Lehrling eintreten in der Destillation von M. Witkowski, Gnesen.

höchst geschmackvolle Compositionen für

Promenaden- u. Gesellschafts-Toiletten,

sowie einfache solide Genres für Hauskleider sind

in reichhaltiger Auswahl am Lager.

Groben u. Auswahlsendungen nach Auswärts.

Hasse, Wache & Co.

Neuestr. 3.

Druck und Verlag von W. Deder u. Co. (E. Röster) in Posen.

Arbeitergesuch.

Beim Eisenbahnbau Sablonow-Graudenz werden bei hohem Lohn und dauernder Arbeit

250 tüchtige Erdarbeiter gebraucht; ebenfalls wird daselbst ein **Schachtmeister**, der im Maschinen-schacht erfahren ist, gesucht. Zu melden bei

Kallsch in Melno bei Rehden.

Ein tüchtiger, lautionsfähiger

Schachtmeister,

zur Ausführung von Kanalarbeiten wird gesucht. Gehalt nach Nebereinkunft, auch kann die Arbeit in Akkord übergeben werden. Meldungen bevor-der di. Exped. d. Bzg. unter W. S.

Einige Schüler (mosaisch) die das Gymnasium in Züllichau besuchen wollen, finden anständige Pension bei einer religiösen Familie. Offerten unter Z. 50, postlagernd Züllichau.

Hochgeehrten Herrschaften empfehle ich allerhand **Gesinde**: Wirkinnen, Stubenmädchen, Gärtner, Diener, Haus-hälter u. a.

Wiederholung **Wirths** Bureau v. W. W. Porwich, St. Martin 44.

Ein intell. lautionsfähig Inspek-tor wird zur selbstst. Leitung eines größeren Gutes bei Posen

gesucht. Näh. auf schriftl. Mel-dungen sub S. 25 posl. Posen.

Ein **Bautechniker**, mit der Buchführung vertraut, findet Beschäftigung. Gehalt 90 Mark. Adr. M. W. Samter postlagernd.

Ein erfahrener

Braumeister, 30 Jahr alt, der Caution stellen kann, sucht gestützt auf gute Zeugnisse, von sofort eine Stelle. Offerten unter Nr. 500 bef. die Expd. des „Gesellen“ in Grudenz.

Auf dem Dom. **Wielewo** wird zum 1. April eine tüchtige deutsche

Wirth in gesucht.

Ein **Landwirt**, unb., sucht als solcher, Rechnungsführer oder Hof-Inspektor ohne Gehalt Stellung. Gef. Off. Carl Krause, Bentzien, erbeten.

Ein im Assuranzache tüchtiger junger Mann, der bereits längere Zeit die General-Agentur einer der bestehenden Feuervers.-Gesellschaften selbstständig verwaltet hat, sucht per 1. April c. geeignetes Engagement. Offerten werden sub J. M. 88 in der Expd. d. Bzg. erbeten.

Ein unverheiratheter erfahrener Landwirt, 19 Jahr beim Fach, sucht zum 1. April eine selbstständige Stellung. Offerten unter N. N. bef. fördert die Expd. der Zeitung.

Bewerbungen um Haupt-Agenturen für die Kreise Posen, Bütz, Bomst, Meseritz und Samter für eine der bedeutendsten Hagel-Versicherungs-gesellschaften werden unter J. M. 1682 durch Rudolf Wosse, Berlin SW., erbeten.

In einer Familie findet ein Mädchen od. jüng. Knabe aus besserem Stande gewünscht. Aufsicht u. Verpflegung. Instrument, wie auch französ. Conver. im Hause. Näh. i. d. Expd.

Ein **Bureau-Borsteher**, des Polnischen nicht unkundig, nicht ohne Kenntnis in Sachen der Advo-catur und des Notariats, findet Stellung bei Justizrat Pohle zu P. Lissa.

Jamisen-Nachrichten. Heute Nachmittag 4 Uhr versucht plötzlich am Schlagflus seine innigst geliebte Frau, Mutter und Schwiegermutter

Julie Knipfer geb. Buhwald im 58. Lebensjahr. Um füllte Theilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Auswärtige Jamisen-Nachrichten. Verlobt: Fr. Lucia Thimm mit Hrn. Steuten. d. Res. Max Moeller in Korschen. Fr. Marie Paeske mit Hrn. Domänenpächter Viktor Kieckbusch in Gorlitz-Rabenstein. Fr. Genore v. d. Mühl mit Hrn. Rittmeister Oskar v. Scheffer in Boddin i. Mecklenburg. Fr. Anna Weizermel mit Hrn. Oberlehrer Hugo Toeppen in Osterode-Leipzig. Fr. Clara Muylers, geb. Treutter, mit Hrn. Hauptmann a. D. Mottau in Breslau-Berlin. Fr. An-

tonie Langhoff mit Hrn. Edolp. Auersbach in Berlin.

Verehleicht: Hr. Kreisrichter D. Götzberg mit Fr. Christiane Günther, in Neuzelle-Arnberg. Hr. Civil-Jugend Otto mit Fr. Martha Naefel in Potsdam.

Geboren. Ein Sohn: Herren von Blücher in Jürgensdorf. Dr. v. d. Velde in Görlitz. Dr. R. Mohs in Schönebeck. Restaurator Gustav Hoffmann in Berlin. Louis Dreher in Berlin. — Eine Tochter: Prof. v. Mojenzel in Bonn. Julius Kann in Potsdam. Dr. Job. Rigler in Berlin Franz Mannstaedt in Berlin.

Gestorben: Kand. d. Philologie E. R. Traugott Goerne in Biedenkopf. Höfprediger Christ. Haupt in Stettin. v. Tagow Sohn Matthias in Uckerow. Frau Katharina Amalie Freifrau von Baumhau, geb. Gräfin v. Berlichingen-Zagstbaum, in Sontra i. Kassel. Frau Hauptmann Frieda Eise, geb. Wölfing, in Gotha. Oberstleutnant Moritz v. Ludwiger in Borna. Frau General-Major Marie v. Barisch, geb. v. Cederstolpe, in Frankfurt a. d. O. Frau Oberst z. D. Auguste Woide, geb. v. Prittwitz und Gaffron in Erfurt. Rentier Theophil Pigeon in Berlin. Seraphine Gottschalk, geb. Gezel, in San Remo.

Arch. - und Inv.-Verein. Versammlung: Montag, d. 4. März, bei Möhl.

Kaufmännischer Verein zu Posen Montag, den 4. März er. Abends 8½ Uhr: in der Aula der Realschule:

Vortrag des Hrn. Professor Dr. Hossencamp: **Zur Geschichte des Luxus.** Mitglieder und eingeladene Familien haben freien Eintritt, Fremde gegen 50 Pf. Entree an der Kasse.

Der Vorstand. Lambert's Saal. Sonntag, den 3. März er. Abends 8½ Uhr: in der Aula der Realschule:

Salon - Concert. Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf. Stolzmann.

Handwerker-Verein. Montag, den 4. März er. wegen Lokalmangel kein Vortrag.

Volksliedertafel. Morgen Abend: Ballotage.

Thalia. Montag, den 4. d.: Ballotage. Dienstag, den 5. d.: Maskenball.

J. O.O.F.

M. 4. III. 78. Ab. 8 B u. E.

Im Hippodrom. Auf dem Kanonenplatz täglich großes Corso-Reiten. Anfang Abends 5 Uhr. Entree 30 Pf. Um zahlreichen Zuspruch bittet W. Bartling.

B. Heilbronn's Volsgarten-Theater. Sonntag, den 3. März: Moses und Propheten.

Montag, den 4. März: Benefiz für Frau John.

Carlo Brochi. Der Pole und sein Kind.

Dienstag, den 5. März:

Großer Fastnachts-Ball mit und ohne Maske.

Interims-Theater. Sonntag, den 3. März: Abschieds-Benefiz für Frau Aurelie Fischer, Roth-Schwarz-Grün-Blond oder Der Falstaff.

Original-Poese mit Gesang in 3 At. von Nestroy. Die Direktion

W. Biermal gemahnt, erwarte ger. noch weitere Mahnungen; sehe mein Urrecht ein u. bitte um Verzeihung. Habe meiner Schuld oft gedacht und hätte sie gern persönlich abgetragen; nächstens mehr.

Bitte! Zur Unterstützung der völlig unbedienten Familie des kranken und deshalb stillenlosen Rabbiners M. Weizermel in Welsnau werden alle wohltätigen Menschenfreunde und Vereine um gütige Beiträge dringend gebeten, welche Herr Rabbiner Dr. Schröder in Ebing zu übermitteln bereit sein wird. Herzlichen Dank im Voraus allen edlen Geben, Gottes Segen den milden Herzen.